

Leipziger Volk

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Besuchspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2,- Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2,- Mark ohne Beleggelb. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon-Sammelnummer 72208. — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Insolvenzpreise: Die 10 geplatzt. Kolonialzelle 35 Pfg., bei Platzvorrichtung 40 Pfg.
Stellenangebote 10 geplatzt. Kolonialzelle 25 Pfg. Familienanzeigten von Privaten
die 10 geplatzt. Kolonialzelle mit 50% Nachlass. Reklamezelle 2 Mk. Unteratz v. ausm.:
die 10 geplatzt. Kolonialzelle 40 Pfg. bei Platzvorrichtung 50 Pfg. Reklamezelle 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Übernahmenbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

= Werbt neue Leser
für die Volkszeitung!

Das Geheimnis von Tannenberg

Hindenburg und Stresemann

"Was wird man in Genf dazu sagen?" Das war die Frage, die am Tage nach Tannenberg von der gesamten deutschen Presse erhoben wurde. Soviel war jedermann klar, daß die Kriegsschuldrede vor dem Steinhaufen in Tannenberg das gesamte schöne Porzellan des Reichsaufßenministers zertrampeln mußte. Aus diesem Grunde wurde allerorten die Frage aufgeworfen: Hat der Text der Rede dem Reichsaufßenminister vorgelegen? Hat er ihn gebilligt? Hat er nichts unternommen, um der deutschen Außenpolitik diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen?

Zunächst schwieg des Sängers Höflichkeit. Die Reichsregierung blieb stumm und still. Zuletzt aber wurde mitgeteilt, daß dem Reichsaufßenminister, Herrn Dr. Stresemann, der Wortlaut der Rede vorgelegen und daß er sie gebilligt habe. Darob keine größere Entrüstung. Man kennt den Bülowkurs der Schwarzweizkriente und niemand vermag die intimen Geheimnisse Dr. Stresemanns zu enträtseln. Herr Dr. Stresemann ist inzwischen aus Genf zurückgekehrt. Hindenburg feierte seinen 80. Jahrestag und niemand mehr denkt an die Rede von Tannenberg, wenngleich sie in der französischen Presse und bei den folgenden Reden Poincarés ein lebhaftes Echo fand. Jetzt war nun die Rheinische Zeitung, das Kölner Parteiorgan, in der Lage, einige indirekte Fragen zu stellen, die geeignet sind, die Vorgeschichte für das Zustandekommen der Tannenbergrede aufzuläutern.

Das rheinische Parteiorgan teilt mit, daß Stresemann mit der Tannenbergrede durchaus nicht einverstanden gewesen wäre. Im Gegenteil, man habe ihm einen Streich gespielt. Zwar habe ihm der Text der Rede vorgelegen, aber er habe dagegen Einpruch erhoben und dahin gewirkt, daß sie einen persönlichen Charakter erhalten sollte. Das ist auch in dem später folgenden Interview, das Dr. Stresemann dem Vertreter des *Matin*, Sauerwein, gewährt, ange deutet worden. Zwar ist der Wortlaut dieses Interviews in der deutschen Presse nicht wiedergegeben worden, soviel aber ist gewiß, daß der Reichsaufßenminister auch dort der Hindenburgrede ein derartiges persönliches Gepräge zu geben versucht. Tannenberg sei das Werk Hindenburgs. So äußerte sich der Außenminister. Er sei stolz darauf. Außerdem werde er in der nächsten Woche achtzig Jahre alt und er fühle in seinem tiefsten Innern, daß er eines Tages der göttlichen Gerechtigkeit über sein Leben und seine Taten Abrechnung geben müsse. Damit versucht Dr. Stresemann der Hindenburgrede die gegen Frankreich gerichtete Spur zu nehmen, was ihm freilich nicht gelungen ist. Aber damit kennzeichnet sich gleichzeitig auch das Bestreben, dem Text der Rede einen anderen Tenor zu verleihen.

Der Reichsaufßenminister versuchte während der Verhandlungen mit den offiziellen Stellen die Rede als ein persönliches Werk Hindenburgs umzubiegen, was aber durch höchst sonderbare Manipulationen entweder in Genf, auf dem Weg zwischen Genf und Berlin oder in Berlin verhindert wurde. Die Rheinische Zeitung wies auf die geheimnisvollen Einwirkungen des Grafen Westarp hin, von denenheimerzeit die deutsche Presse berichtet hatte. Graf Westarp hatte sich in einer Berliner Versammlung gerühmt, daß er an dem Zustandekommen des endgültigen Hindenburgtextes nicht unmittelbar beteiligt gewesen sei. Gegen diese Behauptung hat Graf Westarp ein Dementi in die Welt gesetzt. Danach stellt Graf Westarp abermals fest, daß die Version von seiner Mitwirkung an der Fertigung des Manuskripts "erfundnen" sei. Die Reichsregierung aber, ebensoviel wie Dr. Stresemann, habe sich nicht bemüht gefühlt, wenigstens nicht, soweit wir zu überleben vermögen, an dem sonstigen Sachverhalt der Darsellung, die die Rheinische Zeitung gab, Stellung zu nehmen. Damit wird die Richtigkeit dieser Behauptungen anerkannt und damit ergibt sich für die gesamte Öffentlichkeit, daß Dr. Stresemann die Hindenburgrede, sowie sie in Tannenberg gehalten wurde, *leineswegs* gebilligt hat. Indes der von ihm vorgeschlagene veränderte Text ist irgendwie auf dem Wege von Genf bis zum Reichspräsidentenpalais verloren gegangen und so hielt Herr Hindenburg die Rede mit dem ursprünglich aufgelegten Text, gegen den der Reichsaufßenminister opponierte. Über diese Vorgänge wird Dr. Stresemann, sowie auch das Reichskabinett, der Öffentlichkeit Auskunft geben müssen. Man hört, daß die Dinge im Auswärtigen Amt des Reichstages bereits ihr Echo fanden. Ursprünglich glaubte man, daß die für den Freitag vergangener Woche angelegte Sitzung genügen werde, um den Bericht des Außenministers einzugehen zu haben. Im Gegensatz dazu verteidigte sich der Auswärtige Amtschef auf den Sonnabendmorgen. Er ist auch da nicht zu Ende gekommen, darum wurde für Montag eine weitere Sitzung anberaumt.

Eine höchst merkwürdige Angelegenheit. Stresemann billigte die Tannenbergrede nicht. Trotzdem hat er sich in dem Sauerwein-Interview vor den Reichspräsidenten gestellt. Was könnte er anders machen? Hätte er den Generalsfeldmarschall, den Reichspräsidenten desavouiert, dann wäre seine Position unhalbar geworden. Darum hat er rechtzeitig eine Schwen-

fung vollzogen, vielleicht mit geballter Faust in der Tasche, und vielleicht wurde er dadurch an das Krankenbett gebannnt. Aber die Tatsache steht fest, daß das *Matin*-Interview den eigentlichen Ausschaffungen und Wünschen Stresemanns nicht entsprach.

Die Rheinische Zeitung verweist mit vollem Recht auf die Haltung der Zentrumspartei. Sie fragt, wie sich diese zu dem außenpolitischen Husarenritt des Grafen Westarp" oder der für diese Vorlommisse verantwortlichen Person zu stellen gedenke. Sie glaubt zu wissen, daß der Zentrumsvorsteher in Genf, der Prälat Kaas, von der Tannenbergerei keineswegs entzückt gewesen wäre. Ursprünglich wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Interview mit Vorwissen der gesamten deutschen Delegation gegeben sei. Das aber hat den Tatsachen nicht entsprochen. Genosse Breitscheid hatte sofort erklärt, daß er von dem Wortlaut des Interviews erst aus der Presse unterrichtet worden wäre.

Aus all diesen Vorgängen ist zu ersehen, wie sich der bürokratische Apparat und vielleicht auch gewisse andere Persönlichkeiten den außenpolitischen Vinen Dr. Stresemanns, die man obendrein sehr skeptisch beurteilen kann, entgegenstellt. Wer die Schuldigen sind, und wer das Verlorengehen des abgeänderten Manuskripts auf dem Gewissen hat, dies dürfte noch festzustellen sein. Die gesamte deutsche Öffentlichkeit hat jedenfalls das höchste Interesse daran, über diese Zusammenhänge Klarheit zu verlangen. Auch wenn der Reichsaufßenminister, Herr Dr. Marx, oder selbst Marschall von Hindenburg dabei etwas in das Gebränge geraten. Wir kennen den Geist von Tannenberg und wir kennen den Geist Poincarés. Wir wissen, was solche Reden zur Folge haben können.

Dr. Köhlers Stellung erschüttert? Besoldungsreform und Zentrumspartei

SPD Berlin, 24. Oktober (Radio).

In maßgebenden Kreisen der Reichstagsfraktion des Zentrums hält man die Stellung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler für erschüttert. Man macht kein Hehl daraus, daß Köhler völlig abgewirtschaftet hat und sein Amt über kurz oder lang zur Verfügung stellen muß. Man spricht sogar davon, daß er schon in den nächsten Tagen zum Rücktritt gezwungen werden soll. Jedenfalls ist mit der Machtübernahme des Reichsfinanzministers Dr. Köhler auch der Be schluss der Reichstagsfraktion des Zentrums begründet, während der vierwöchigen Ferien jeden Donnerstag zu einer Sitzung des Gesamtfraktion zusammenzutreten. Man will gemeinsam beraten, wie man aus dem von Köhler verursachten Dilemma herauskommt; denn voraussichtlich bleibt es nicht einmal bei der in den letzten Besoldungsreform vorgesehenen Gehalts erhöhung, weil in Wirklichkeit gar nicht die Deckung vorhanden ist. In maßgebenden politischen Kreisen rechnet man wenigstens statt mit der von Herrn Köhler in Magdeburg so großspurig angekündigten Erhöhung der Gehälter um: 22 Prozent liegen Endes nur mit einer solchen von 12 bis 15 Prozent.

Der mexikanische Rebellenführer Gomez entkommen. Nach Meldungen aus Guatemala soll General Gomez, der Führer der Republik gegen die Regierung Calles, die Grenze überschritten und sich auf das Gebiet von Guatemala geflüchtet haben. Gomez wird von einem Aufgebot von Tausenden mexikanischer Soldaten gesucht.

Im Kampfe um den Dawesplan

Der Schritt des Reparationsagenten

Wir berichteten bereits über den Schritt, den der Reparationsagent wegen der neuzeitlichen Belastung des Reichstals bei der Reichsregierung unternommen hatte. Dazu vermag der Sozialdemokratische Presse Dienst die folgenden Mitteilungen zu machen:

Von uns gemachte Mitteilungen über den Inhalt des Schreibens des Reparationsagenten Parler Gilbert an den Reichsfinanzminister Dr. Köhler haben sich als vollkommen zustreitend erwiesen. Vor allen Dingen ist die Behauptung der Bürgerlichen Presse falsch, als wenn es sich dabei um einen formellen Einspruch gegen die vorgeschlagene Besoldungserhöhung der Beamten handle. Der Anlaß zu dem Schreiben geht vielmehr auf die Tatsache zurück, daß der Reparationsagent bei mündlichen Zusprechungen mit dem Reichsfinanzminister die schriftliche Zusammensetzung seiner Ausschauungen in Aussicht stellte. Das Schreiben von Gilbert ist infolgedessen nur als eine Meinungsänderung zu betrachten, ähnlich der, die von ihm höchstwahrscheinlich in den Berichten an die Reparationskommission niedergelegt wird.

Nichtdestoweniger wird man die Ausschauungen von Gilbert als einen ersten politischen Fehler werden müssen. Schon der letzte Bericht des Reparationsagenten vom Juni 1927 hat eine überaus scharfe Kritik an der jüngsten deutschen Finanzpolitik gestellt. Diese Kritik leidet Parler Gilbert jetzt fort und zwar gestützt auf die Absichten der Reichsregierung bezüglich der Regelung der Liquidationschäden, der Besoldungsreform und des Finanzausgleichs. Besonders kritisch steht Parler Gilbert den Forderungen der Länder nach erhöhten Anteilen an der Reichseinkommensteuer gegenüber. In diesem Verlangen der Länder sieht er die bemühte Absicht, das Reich zugunsten der Länder zu schwächen. Wenn auch dieser Vorwurf unberechtigt ist, so muß man doch daran erinnern, daß die Liebesgaben politisch, die der Reichskanzler bei der Neuregelung des Finanzausgleichs im Frühjahr 1927 gemacht hat, gegenüber dem Minister des Reparationsagenten erst hervorgerufen hat.

Im übrigen aber darf man die Tatsachen nicht verschweigen, daß viele Argumente des Reparationsagenten dem Waffenarsenal der deutschen Unternehmer entnommen sind. Das gilt ebenso sehr von der Kritik an der Besoldung der Beamten wie an der Finanzpolitik der Länder und Gemeinden.

Inzwischen hat sich das Reichskabinett mit wenigen Zeilen zu dem Schrift Parler Gilberts geäußert. Diese amtliche Darstellung lautet wie folgt:

Im Zuge der zwischen dem Reichsminister der Finanzen und dem Generalagenten für Reparationszahlungen seit längerem geschlossenen Erörterungen über die Finanz-, Kredit- und Wirtschaftslage in Deutschland in ihren Auswirkungen auf den Dawesplan hat der Generalagent dem Reichsfinanzminister eine Darlegung seiner Ausschauung über das öffentliche Finanzwesen und über die Kreditpolitik in Deutschland überliefert. Diese Darlegung liegt den weiteren Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Generalagenten zugrunde, die bereits begonnen haben."

Der Demokratische Zeitungsdienst glaubt mitteilen zu können, daß das Schreiben des Reparationsagenten nicht mit dem sonst üblichen Jahresbericht in Verbindung zu bringen

sei, den der Reparationsagent am Ende eines jeden Dawessahnes publiziert. Um so größer sind die Rückwirkungen, die der Schrift Parler Gilberts in der französischen Presse zur Folge hatte. Mit Ausnahme der linksgerichteten Zeitungen wendet sich die gesamte französische Presse gegen die jetzige Finanzregierung des Reiches. Sie glaubt, daß ihr Ziel dahin gerichtet sei, den Dawesplan zu unterhöhlen. Auch die englische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Schreiben des Reparationsagenten. Sie unterscheidet sich weitgehend von den Urteilen der französischen Presse, was durch die dauernd enger werdenden Beziehungen zwischen England und Deutschland durchaus zu verstehen ist. Die Times stellt fest, daß der Dawesplan bisher gut gearbeitet habe. Schließlich müsse jedoch der wichtige Schritt unternommen werden, endgültig Deutschlands gesamte Reparationsverpflichtungen festzulegen und in dieser Höhe eine Kündigung auszugeben, deren Dienst Sammeldeutschlands allein sein würde.

Massenstaat oder Persönlichkeitsstaat Eine Rede des Ernährungsministers Schiele

WLB Jülich, 23. Oktober.

Der Wahlkreisverband Ostjachsen der Deutschnationalen Volkspartei hält gestern und heute hier seinen Parteitag ab, an dem auch dem Reichsminister der Ernährung Dr. Schiele zahlreiche Deutschnationale Reichs- und Landtagsabgeordnete teilnehmen. Am Mittelpunkt der Tagung am Sonntagmorgen stand eine Rede des Reichsernährungsministers Schiele. Er forderte, das deutsche Volk möge sich wieder auf seine Herden und Güter bekenne. Man müsse den Massenstaat überwinden und zum Persönlichkeitsstaat zurückkehren. In diesem Zusammenhang gedachte der Redner des größten deutschen Führers des Gegenwart, des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Der Minister machte weiter Ausführungen über die Entwicklung der Deutschnationalen Volkspartei, die jetzt 20 Millionen Männer und Frauen umfaßt und betonte, daß das deutsche Volk die natürliche Grundlage seiner Daseinsbedingungen verlassen habe. In der aufgebotenen Grundlage stehende Nahrungsmittelsoziale und der Abhängigkeit von den Völkern des Auslandes erblickte er eine ständige Gefahr für Deutschlands Dasein und Freiheit. Auch die Außenpolitik stehe vor einem Wendepunkt. Man müsse darüber sein, daß ein Volk in der Welt nur immer soviel Recht habe, wie es Macht besitzt.

Jememordprozeß vor dem Reichsgericht

Wegen der Ermordung des Feldwebels Wilm's von der Schwarzen Reichswehr wurden im März die Angeklagten Fuhrmann, Klapprath, Uhlößer und Schulz vom Reichsgericht Berlin zum Tode verurteilt. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen dieses Urteil haben die Verteidiger Revision beim Reichsgericht angemeldet. Wie die B. Z. hört, ist nunmehr vom Reichsgericht Termin zur Revisionseröffnung auf die zweite Hälfte des November angesetzt worden.

Zwei Trauerspiele

Kriegszug der Völkischen gegen die Sozialrentner

Berlin, 22. Oktober.
„Ein Trauerspiel“, so bezeichnete der Führer der Bantischen Partei, der Domkapitular Dr. Leicht, den Vorgang, der sich heute am Schluss der Reichstagsverhandlungen ereignete. Als letzter Punkt der Tagesordnung war ein Vertrag angelegt, der zwischen der französischen Regierungskommission im Saargebiet und der deutschen Regierung abgeschlossen worden war. Er bezweckte die Auswertung der Renten für die Sozialinvaliden im Saargebiet, die durch die Frankeninflation auf einen Bruchteil entwertet wurden.

Derartige Verträge werden dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt. Er hat dabei nur das Recht, sie in ihrer Gesamtheit anzunehmen oder abzulehnen. Abänderungen dieser Verträge sind nicht möglich, sofern nicht die Verhandlungen mit dem anderen Kontrahenten erneut wieder aufgerollt werden sollen. Die Vertragsbestimmungen beziehen sich auf rund 46 000 Sozialrentner des Saargebietes. Die aufgewerteten Verträge sollten ab 1. November gezahlt werden. Aus diesen Grunde halten sich die Parteien im Altestenrat ausdrücklich geeinigt, den Vertrag in der letzten Sitzung, und zwar in allen drei Lesungen, zu erledigen.

Als der Präsident diesen Tagesordnungspunkt ausgerufen hatte, teilte er mit, daß sich der völkische Abgeordnete Stöhr zum Wort gemeldet habe. Damit seien die Abmachungen des Altestenrates durchkreuzt. Auch die Kommunisten verlangten das Wort. Aber damit war die Verabschiedung des Gesetzes noch nicht in Frage gestellt. Es entpannte sich eine Geschäftsausordnungsdebatte über die Länge der Redezeit. Der Abgeordnete Stöhr bekam 15 Minuten das Wort. Danach wurde abgestimmt. Nach der Geschäftsausordnung aber darf die dritte Lesung am gleichen Tage nur vorgenommen werden, wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebt. Der gesamte Reichstag war sich einig, den Sozialrentnern des Saargebietes die erhöhten Beiträge sofort zu kommen zu lassen. Nur der Abgeordnete Stöhr erhob Einspruch gegen die dritte Lesung. Und damit begann das Trauerspiel.

Genosse Löbe bat den Abgeordneten Stöhr mehrere Male, seinen Widerspruch zurückzuziehen, jedoch ohne Erfolg. Der Präsident erklärte, daß Herr Stöhr das Wort zur dritten Lesung nehmen könne. Graf Westarp beantragte sogar, dem Abgeordneten Stöhr eine Stunde Redezeit zu gewähren. Jedoch alles vergeblich. Die Völkischen verblieben bei ihrem Widerspruch. Sie verlangten, daß wegen der Verabschiedung dieses Gesetzes, an dem sachlich nichts geändert werden kann, sofern die Angelegenheit nicht wieder um Monate verzögert werden soll, am Montag eine neue Sitzung anberaumt werde.

Um den Widerspruch der Völkischen zu brechen, verwies der volksparteiliche Professor Kahl auf die Schlussbestimmungen der Geschäftsausordnung, wonach in besonders dringenden Fällen von der Geschäftsausordnung des Reichstages abgewichen werden kann. Aber auch das kann nur geschehen, wenn kein Widerspruch erhoben wird. Jedoch auch dieser Appell verhalf an den alles bisher übertreffenden reaktionären Haftung der Hakenkreuzler. Sie blieben bei ihrem Widerspruch, so daß nach Lage der Sache keine Möglichkeit bestand, den Sozialrentnern des Saargebietes die dringend erforderliche Aufwertung ihrer Renten vor dem 1. Januar zulassen zu lassen.

Für die Fortsetzung der Beratungen in der kommenden Woche hatten sich die Sozialdemokraten und die Kommunisten gemeinsam im Altestenrat eingestellt. Dies vor allem, um die bekannte Interpellation der Sozialdemokraten zur Verhandlung zu bringen. Diese Pläne scheiterten an dem geschlossenen Widerstand des Bürgerblocks, dem sich charakteristischerweise die Demokraten angeschlossen hatten. Demzufolge stand fest, daß der Bürgerblock nicht willens war, Montag weiterzutagen. Dies um so weniger, als er sich sogar geweigert hatte, die Streitinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion am Sonnabend zu behandeln. Das scheiterte an dem Widerspruch des Reichsarbeitersministers Dr. Brauns, der erklärte, die Interpellation zur Zeit nicht beantworten zu können, obwohl gerade in diesen Stunden die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches zu erwarten war.

Das war das zweite Trauerspiel, das freilich dem oben genannten vorangegangen war. Der Bürgerblock pfeift auf die Nüte der Arbeiterschaft. Ihm gilt es, die Verabschiedung des Reichschulgesetzes mit allen Mitteln zu fördern. Allerdings ist er noch bereit, die Befolgsvorlage zu beschleunigen. Alle anderen Probleme aber stellt er in den Hintergrund. Der Bürgerblock ist eben der Block des satten Bürgertums. Das haben die leichten Entschuldungen mit aller Klarheit gezeigt. Am Dienstag erklärte Dr. Brauns, daß er sich nicht weigern werde, zu der Interpellation Stellung zu nehmen. Dann aber scheiterte alles an Gründen der politischen Zweckmäßigkeit.

So wurde aus der Komödie des Bürgerblocks eine Tragikomödie und aus der Tragikomödie ein Trauerspiel, das den leichten Resten der Hitlerserie bei der Wahlenschlacht schwer zu stehen kommen dürfte, und ein Trauerspiel für den Bürgerblock, als dessen Regisseur der Reichsarbeitersminister tätig war.

Herr v. Papen nimmt den Hut Rathsgereien im Ausschirat der Germania

SPD Berlin, 24. Oktober (Radio).

Die maßgebenden, gleichzeitig der Reichstagsfraktion des Zentrums angehörenden Mitglieder des Ausschusses der Germania bejubelten sich am Sonntag mit dem Konflikt zwischen dem Besitzer der Aktienmeierheit dieses Unternehmens, v. Papen, und dem Chefredakteur Hermann Orth, bzw. der Gesamtdaktion. Die Redaktion hat sich inzwischen mit Orth solidarisch erklärt und dem Ausschirat davon schriftlich Kenntnis gegeben. Die am Sonnabend abgehaltene Sitzung endete mit einer schweren Niederlage des jettam bekannten Herrn v. Papen. Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses vertreten einstimmig die Ansicht, daß das ohne Willen des Chefredakteurs vorgenommene Engagement eines von Hugenbeck kommenden und in seinem Innersten deutschnationalen Kaplans als Redakteur sofort zu widerrufen sei. Darüber kam es zwischen Herrn v. Papen und den anderen an der Sitzung beteiligten Persönlichkeiten zu einer kurzen, aber lebhaften Auseinandersetzung. Sie endete damit, daß der selbstherliche v. Papen seinen Hut nahm und davon lief. Die Folge war, daß die anwesenden Ausschiratsmitglieder von ihm nunmehr auf schriftlichem Wege bis zum kommenden Donnerstag eine Stellungnahme in dem von Ihnen gewünschten Sinne forderten.

Die Verwaltungskommission der Sozialistischen Partei Frankreichs hat am Donnerstag drei Mitglieder der Partei, die trotz wiederholten Verboots der Partei sich anschließen, an den zu Ehren des zehnjährigen Jahrestages der russischen Revolution von den Sozialen organisierten Feierlichkeiten teilnehmen, aus der Partei ausgeschlossen.

Der persischen Vertrag wurde am Donnerstag von der persischen Kammer einstimmig angenommen.

Wie Stalin subventioniert

Die Partei von Moskau Gnaden

Von unserem Prager Beobachter.

I. B. Bei dem ununterbrochenen Spaltungsbetrieb, der in der KPC ebenso herrscht wie in ihren ausländischen Schwesterparteien, ist es unvermeidlich, daß so ein räudiges Schaf einmal allerlei Intrikanten aus dem Parteiaushalt ausplaudert. Man wird ja solche Menschen nicht eben hoch einlösen, die all das, was sie da auf einmal nach ihrem Hinauswurf kritisieren, selber gemacht haben. Wenn der Entführer seine eigene Mithilfe an diesen Dingen dokumentiert, so bleibt es eine Sache seines Charakters. Es besteht aber keine Ursache, die von ihm erzählten und von der betroffenen Partei nicht widerlegten Tatsachen den Arbeitern zu verschweigen. Es ist nützlich, ihnen das wahre Wesen dieser verantwortungslosen kommunistischen Schädlinge der Arbeiterbewegung aufzudecken.

Ein solcher Entführer ist ein gewisser Karl Gorovits, der allerdings in Wahrheit Goliat heißt und seinen Namen nur ändert, um seine Abstammung von einem Millionär zu verschleiern. Er war einer der Macher in der KPC, aber jetzt sind mit ihm über 800 Arbeiter in der böhmischen Kreisstadt Teplice aus der KPC ausgetreten, die sich nun „marxistische Opposition in der KPC“ nennen. In einer Großsiedlung Gorovits, die in der KP herrschenden Verhältnisse. Die Partei setzt Spione und Provokatoren durch. Im Vordergrund der Bewegung ständen Leute, von denen bekannt sei, daß sie von Unternehmen bezahlt würden, ja, daß sich unter den ersten Mitgliedern des Politbüros und den „radikalisten“ Abgeordneten ein Mann befindet, den man den tschechischen Post-Institut in der Partizipationszentrale amtiert, der die Post öffnete, die Sekretäre seiner Inspektion unterwarf. Daneben aber kam jede Woche noch der Berliner Oberpostdirektor, Mann und Frau, zur Kontrolle, man rief ihn auch telegraphisch herbei, wenn es sich z. B. um die Bezeichnung irgendeines Sekretärs handelte.

Vor einiger Zeit kam der Parteiführer Schmeral, der sich über ein Jahr in Moskau aufgehalten hatte und dort zum Chef der Bearbeitung der chinesischen Angelegenheiten gemacht worden war, zurück, weil ihm die Bürgerlichen im Parlament einen weiteren Urlaub verweigerten. Er hielt im großen Prager Saale eine sehr gut besuchte Versammlung ab, wo er über Außland und die chinesische Revolution sprach. Die gesamte Rede war aber schon in Moskau von den maßgebenden Leuten der Komintern begutachtet worden, Schmeral ließ sie auch im Wortlaut drucken und sandte sie als Beleg nach Moskau.

Diese geradezu ungeheurende und slawische Liebeserklärung gegenüber den Moskauer Herren wird bestreikt, wenn man etwas über die Finanzen der Partei erfährt. Das Gesamtbudget der Partei sieht nach Gorovits so aus:

	Kronen	Prozent
Mitgliederbeiträge	250 000	8
Leistungen der Abgeordneten	1 098 000	36
Moskauer Zentrale	1 700 000	56
Gesamteinnahmen	3 048 000	

Die Stellung der Deutschen Volkspartei

Dr. Stresemann über die politische Lage

WTB Siegen, 22. Oktober.

Anlässlich einer Wahlkreistagung der Siegischen Wahlkreisverbände der Deutschen Volkspartei sprach Reichsminister des Innern Dr. Stresemann heute abend hier über die politische Lage. In ausführlicher Darlegung der wirtschaftlichen Lage betonte der Reichsminister, daß wir vom Standpunkt der gegenwärtigen Lage ohne Zweifel positive Ergebnisse holen können: Rückgang der Arbeitslosigkeit und Zunahme der inneren Kaufkraft. Das darf aber keineswegs dazu führen, die wirtschaftliche Gesamtlage als gesichert anzusehen. Der Wegfall früherer Vermögen und der zweifelslos noch geringe Spartrieb machen uns abhängig von ausländischer Kapitalversorgung, die ihre großen Gefahren dann habe, wenn sie nicht restlos zu produktiven Zwecken angewandt werde. Wie können, so erklärte Dr. Stresemann, angefertigt der gesamtedutschland Produktivkraft ausländische Anleihen noch weiterhin aufnehmen, aber zweifelslos kann dies nicht eine Dauereinstellung sein. Hand in Hand mit der Bevölkerungsgröße muß eine weitgehende Verwaltungsreform gehen.

In Bezug auf das Reichsschulgesetz unterschied der Reichsminister die von Dr. Runkel im Auftrage der Gesamtfraktion im Plenum des Reichstags gemachten Ausführungen und erklärte: Die Deutsche Volkspartei wünscht, die freie Entwicklung aller Schularten sicherzustellen. Aber sie wird nicht die Hand dazu bieten, durch Fortfall der finanziellen Verantwortlichkeit einen Anreiz zur Bildung neuer Schulen zu geben, sondern ist der Meinung, daß die Umbildung von Schulen nur dann zu erfolgen hat, wenn sie unter voller finanzieller Verantwortlichkeit der beteiligten Länder und Gemeinden erfolgt.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Fragen betonte

Hinaus mit ihr



Dr. Stresemann die Fortführung der Handelsvertragspolitik und wies dabei auf die Bedeutsamkeit des Handelsvertrags mit Frankreich hin. Auch die Verhältnisse mit Polen bedürfen nach mehr als zweijährigen Verhandlungen nunmehr der Regelung. Nachdem über das Niederlassungsrecht eine Vereinbarung möglich erschien, müsse man jetzt an die Endverhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen denken.

Nach Kennzeichnung der Grundlinien der deutschen Außenpolitik urteilt Dr. Stresemann in seinen Schlussworten die Stellung der Deutschen Volkspartei zur politischen Entwicklung und kennzeichnete ihre Politik als eine zielbewußte, verantwortliche, nüchterne Mitarbeit am Staat. Diejenige Partei, so erklärte er, habe das Vaterland am meisten gedenkt, die ihm die größten Opfer durch verantwortliche Mitarbeit gebracht habe. Für die künftige Entwicklung in Deutschland werde nicht, wie Graf Westarp meinte, der Kampf ausgeschlagen zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokratie. In dem neuen Deutschland sei die Entwicklung der Verhältnisse im wesentlichen und Jahre hindurch durch die Parteien der Mitte bestimmt gewesen. Von der Einstellung der Parteien der Mitte habe es abgehängt, ob sie es für richtig erachteten, mit einer der beiden Flügelparteien zusammenzugehen. Wer eine ruhige, stetige, mit Experimenten freie Entwicklung wolle, müsse daher vor allem darauf bedacht sein, die deutsche Mitte zu stärken, ohne die in Deutschland nicht regiert werden könnte.

Neue Wahlsiege an der Wasserlante Neuer Mandatgewinn der Sozialdemokratie

SPD Hamburg, 24. Oktober (Radio).

Die Wahlen zum Landesausschuß des Hamburger Landgebietes haben nach dem vorliegenden Ergebnis den Rücken nach links bei den Bürgerschaftswahlen verstärkt. Die Sozialdemokraten haben mit 14 797 Stimmen (Landesausschusswahlen 1924: 12 847) ihre Stimmen gegenüber dem 9. Oktober mit 14 715 Stimmen noch etwas erhöht. Der Bürgerbund (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale) ging von 10 100 Stimmen am 9. Oktober auf 15 318 Stimmen (1924: 15 013 Stimmen) zurück, die Kommunisten von 3 412 am 9. Oktober auf 3 857 (1924: 3 486), während die Demokraten ihre Verluste etwas weitmachen konnten und mit 2 857 am 9. Oktober auf 4 373 (1924: 4 618) aufholten.

Mit diesem Ergebnis gewinnen die Sozialdemokraten zu den bestehenden vier Sitzen im Ausschluß des Landesgebietes zwei, der Bürgerbund verliert zwei und hat ebenfalls sechs Sitze, während die Demokraten ihre zwei und die Kommunisten ihren einen Sitzen halten. Das gleiche Bild von den Wahlen zum Landesausschusshaben zeigen die gleichzeitigen Gemeinde- und Stadtvertretungswahlen. In alle Vertretungen fehlt die Sozialdemokratie jetzt zurück.

Das Sammelbeden für Putschisten

Im „Bundesanzeiger“ des Stahlhelms, General a. D. Echterich, teilt mit, daß der Bund Reichsfliegerei, der nur für Nürnberg von lokaler Bedeutung ist, mit seinem Führer, Hauptmann Heiß, vollständig zum Stahlhelm übergetreten sei. Der Name des Hauptmanns Heiß ist heute längst vergessen. Das letztemal wurde er genannt, als er im Jahre 1924 in Nürnberg ein großes Verbündesfest der Häuser Wittelsbach und Hohenzollern veranstaltete. Als im Herbst 1923 Ehrhardts Banden die thüringische Grenze blockierten, hat Heiß jenes berühmte Wort gesprochen von den Kanonen, die er eigenhändig durch den Thüringer Wald ziehen wollte.

Nach Ehrhardts Übertritt zum Stahlhelm verstand sich die Nachfolge des Hauptmanns Heiß eigentlich von selbst.

Schließung türkischer Gewerkschaftsbüros. Die türkischen Behörden in Konstantinopel haben fünf Hauptquartiere von Gewerkschaftsorganisationen geschlossen und sämtliche Beamte beschlagnahmt. Ein Grund für die Aktion der Polizei wird nicht angegeben.

Der Verhandlungsstand des Reichstags

Die sozialdemokratische Streitinterpellation abgelehnt

Die Sitzung begann um 12 Uhr.

Zuerst wurden ohne Debatte in allen drei Sitzungen verabschiedet: ein internationales Übereinkommen über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel und der Haushalten, sowie über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, und schließlich eine von sämtlichen Parteien eingebrachte Novelle zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft.

Dann führte das Haus die erste Beratung der Novelle zur Änderung des Reichsversorgungsgesetzes zu Ende.

Abg. Weber, Düsseldorf (Komm.), wünschte eine höhere Beurteilung der Ausprächen der Kriegsbeschädigten bei der Abstimmung von Abberatungsfähigkeit, einer Besserung der Hinterlassenschaftspflege und einer wesentlich höheren Erhöhung der Grundrenten.

Damit ist die Aussprache beendet. Die Vorlage geht an den Ausschuss.

Nunmehr sollen die Interpellationen der Sozialdemokraten und der Kommunisten über den Streit im Braunkohlenbergbau folgen. Dazu ergreift das Wort

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

Wie Sie wissen, ist gestern der Schiedsspruch gefällt worden. Wir erwarten in den nächsten Stunden die Mitteilung der beiden Parteien, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder nicht. Falls nicht beide Parteien annehmen, werde ich noch heute über die Frage der Verbindlichkeitserklärung entscheiden. Aus der Tatsache, daß sich beide streitenden Parteien über die Einzelheiten einer eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit am Montag freiwilzig geeinigt haben, darf man wohl den Schluß ziehen, daß auf beiden Seiten der Wunsch und die Hoffnung auf Wiederaufnahme der Arbeit am Montag besteht.

Abg. Dr. Scholz (D. Bp.) beantragt Abstimmung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung, da nun seine Erörterung aus allgemeinen Gründen verschieben sei.

Abg. Koenen (Komm.) protestiert gegen diesen Antrag, der den Reichstag wie Schulbuben behandle. Man müsse vom Wirtschaftsminister hören, ob die Kosten dieses Schiedsspruchs wirklich der Bevölkerung durch eine Briefverleuterei aufgelöst werden sollen. Die Regierungsparteien seien zu feige, um Stellung zu nehmen. (Vom rechts, Glöck des Präsidenten.) Abrechnung mit dem Terrorgeschrei der Unternehmer und mit den Polizeimassnahmen der Regierungen sei unumgänglich notwendig.

Abg. Wels (Soz.)

Der Riesenkampf der Braunkohlenbergarbeiter ist mit solcher Ruhe und Jolcher Taktik ohne irgendwelche Ausschreitungen (Oho, rechts) geführt worden, daß er an sich einer Unterstreichung durch Reden im Reichstag nicht bedürfe. Über nichtsdestotrotz wäre es sehr gut gewesen, wenn die Führer des Bergarbeiterverbandes, die unseres Fraktion angehören, vor dem ganzen Volke dargelegt hätten, welche Gründe diese noch nicht dagegenwirken. Welche Gründe diese noch nicht vorliegen, habe ich nicht vorausgesagt, sondern vorliegend habe ich die Verantwortung übernommen, um Stellung zu nehmen. (Vom rechts, Glöck des Präsidenten.) Abrechnung mit dem Terrorgeschrei der Unternehmer und mit den Polizeimassnahmen der Regierungen sei unumgänglich notwendig.

Abg. Stöhr (Natfroz.) spricht gleichfalls gegen den Antrag Scholz.

Abg. Graebe-Medlenburg (Völk.) bedauert, daß der Reichstag nicht die Kraft habe, eine Aussprache über diese Angelegenheit zu ertragen.

Abg. Urbahns (Vinter Komm.) verlangt gleichfalls die Beprüfung der sozialdemokratischen Interpellation.

Präsident Löbe teilt nunmehr mit, daß die Interpellation abgelehnt sei, da die Regierung sie heute nicht beantworten wolle und die Geschäftsaufzeichnungsprüfung noch nicht abgelaufen sei.

Auf Antrag des Abg. Scholz (D. Bp.) wird beschlossen, auch die zu dieser Interpellation eingedrungenen kommunistischen Anträge von der Tagesordnung abzulehnen. Für die Abrechnung stimmen mit den Regierungsparteien auch die Demokraten.

Die weiter auf der Tagesordnung stehende erste Beratung des Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich wird von der Tagesordnung abgelehnt, da mehrere Fraktionen ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen haben.

Es folgt nunmehr die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Abrede zwischen der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebiets über Angelegenheiten der Sozialversicherung des Saargebiets. Der Ministerrat hat die debattlose Annahme vorgeschlagen. Abg. Stöhr (Natfroz.) verlangt jedoch die Zulassung einer Aussprache. Die Mehrheit erklärt sich schließlich damit einverstanden.

Abg. Stöhr (Natfroz.) kritisiert die Vorlage und erklärt, die Versicherungen im Saargebiet würden dadurch ungerecht benachteiligt gegenüber den Versicherungen im übrigen Reich. — Die Abg. Raddatz (Soz.) und Holmann-Ludwigshafen (Btr.) erklären, hier seien nicht lange Reden notwendig, sondern schnelle Hilfe für die Deutschen des Saargebiets durch Annahme der Vorlage. — Abg. Röbel (Komm.) bedauert, daß den Fraktionen nicht ausreichend Gelegenheit gegeben worden sei, sich mit der Vorlage zu beschäftigen. Weitere Bestimmungen der Vorlage seien unbedenklich. Die Kommunisten würden sich der Stimme enthalten.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Beratung angenommen. Der dritten Beratung wird von dem Abg. Stöhr (Natfroz.) widergesprochen. Dieser Widerspruch gibt Anlaß zu Entlastungsfundgebungen verschiedener Abgeordneter.

Präsident Löbe: Wir wird jedoch vor einem Regierungsvorsteher mitgeteilt, daß die Sozialrentner des Saargebiets bis zum Januar auf die Erhöhung ihrer Bezüge warten müssten, wenn die Vorlage heute nicht angenommen wird. Ich weiß nicht, Herr Abg. Stöhr, ob Sie es verantworten können, durch Aufrechterhaltung Ihres Widerspruchs die Wirkung für die notleidenden Sozialrentner zu erzielen.

Abg. Stöhr: Sie können ja am Montag die dritte Beratung vornehmen. Ich halte meinen Widerspruch aufrecht. (Entlastungsfundgebungen).

Präsident Löbe: Gegen diesen Widerspruch können wir die Vorlage nicht annehmen. Ich muß aber betonen, es ist in der Geschichte dieses Hauses noch nicht vorgekommen, daß jemand ohne jeden Grund die Verabschiedung einer Vorlage bereitstellt, die für viele tausend Sozialrentner von großer Bedeutung ist. Dem Wunsche des Abg. Stöhr nach Zulassung neuer Aussprache ist stattgegeben worden. Es ist unerhört in der Geschichte des Reichstags, daß durch einen destruktiven Widerspruch ein solches Gesetz vereitelt wird.

Abg. Stöder (Komm.): Das Arbeitsministerium ist nicht ganz unabhängig an der Sache. Es hat den Reichstag viel zu spät unterrichtet.

Präsident Löbe: Jetzt wird aber schriftlich der Verabschiedung ein Hindernis in den Weg gelegt durch den Widerspruch des Abg. Stöhr. Ich kann nichts dagegen tun, wenn auf diese Weise über 46 000 Sozialrentner des Saargebiets geschädigt werden; ich kann nur die Offenheitlichkeit als Zeugen dafür ausruhen.

Abg. Roth-Weller (Dem.): Ich will nur feststellen, daß die überaus große Mehrheit des Hauses es als einen unerhöhten Mißbrauch der Rechte einer kleinen Minderheit ansieht, wenn das Recht zum Einpruch dazu benutzt wird, die Interessen der Bevölkerung zu schädigen.

Abg. Reicht (Bapt. Bp.) betont, es sei ein Trauerspiel, das von

einer verschwindend kleinen Minderheit des Reichstages hier ausgeführt werde. Den Schaden hätten die armen Saarleute zu tragen.

Abg. Dr. Kahl (D. Bp.) verweist auf eine Bestimmung, wonach in außergewöhnlichen Fällen der Reichstag von der Geschäftsaufzeichnung abweichen könne.

Abg. Graf Weimar (Dissch.) schlägt vor, dem Abgeordneten Söhre eine weitere Stunde Zeit zu bewilligen, wenn er seinen Widerspruch gegen die dritte Lesung zurückziehe.

Abg. Stöhr (Natfroz.) hält unter großer Erregung des Hauses trotzdem an seinem Widerspruch fest. — Auch gegen den Vorschlag des Abg. Kahl erheben die Nationalsozialisten Einspruch. Damit ist diese Angelegenheit erledigt. Die dritte Lesung kann nicht erfolgen.

Das Haus verlädt sich dann. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am 22. November abzuhalten. Die Böllischen, Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten beantragen, die nächste Sitzung am nächsten Montag abzuhalten. — Dieser Antrag wird nach lebhafter Geschäftsaufzeichnungsdebatte abgelehnt.

Damit ist die Aussprache beendet. Die Vorlage geht an den Ausschuss.

Nunmehr sollen die Interpellationen der Sozialdemokraten und der Kommunisten über den Streit im Braunkohlenbergbau folgen. Dazu ergreift das Wort

Hohes Amerikareise

Erhebliche Erhöhung des Reichswehrabzugs?

J. N. Berlin, 23. Oktober.

Der Hauptzweck der Reise Henes ist der, für den neuen Wehrabzug, der ungefähr 100 Millionen höher sein wird als der letzte, in USA Stimmung zu machen, damit die amerikanische Regierung auf den Reparationsagenten Pariser Gilbert einwirkt, gegen die Erhöhung keinen Einpruch zu erheben, wie er es jetzt wegen der Erhöhung der Beamtengehälter getan hat.

Die Kielserhöhung kommt in der Hauptstadt auf das Kontor der beabsichtigten Heeresmotorisierung, die nach den Erfahrungen des letzten Mandats, in denen bekanntlich Übungen motorisierten Verbänden eine Rolle spielen, der Heeresleitung angezeigt erscheint.

Weiterhin werden erhebliche neue Mittel verlangt für technisches Gerät, in erster Linie Nachrichtengerät und Gasabwehrmittel.

Im Zusammenhang mit den erwähnten Plänen wird General Hene in Amerika die dort bereits durchgeführte Heeresmotorisierung studieren, und zwar sowohl in ihrer Ausgestaltung innerhalb der Truppe, als auch besonders in dem Zusammenspiel zwischen Armebehörden und Industrie.

Man erwartet, daß die Generalität und danach die Regierung der Vereinigten Staaten diesen Plänen volles Interesse entgegenbringen und sie begünstigen wird.

Eine Rede Bainlevés

WTB Paris, 23. Oktober.

Kriegsminister Bainlevé hält heute bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Le Mans eine Rede, in der er sich darüber vermauert, daß derartige Reden anlässlich der Einweihung von Kriegerdenkmälern dazu bestimmt seien, daß und Ruhm wieder zu beleben. Was die Gefallenen gewollt hätten, sei lediglich den Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit, den Frieden als höchstes Gut der Völker, wenn er auf Recht und Gerechtigkeit beruhe. Jeder verantwortliche Staatsmann, dessen Bemühungen nicht fortwährend der Aufrechterhaltung und Konsolidierung des Friedens gewidmet seien, sei ein Feind der Menschheit. Heute seien in der Welt gewaltige Kräfte vorhanden, die für den Frieden arbeiteten. Sie hätten die Mehrheit für sich. Andere wiederum, die von verwegenen Minderheiten organisiert und geleitet werden, trachten zu Gewalt und blutigen Abenteuern hin. Erfreut durch alle Mittel zu beginnenden und leichtere ohne Schwäche zu entmutigen, sei ein mutiges, gebildetes und langwieriges Beginnen, das den Regierungen obliege, wenn sie den Frieden sichern wollten. Frankreich müsse das Beispiel hierfür geben. Schiedsgerichtsverfahren, Sicherheit und Rüstung blieben das Leitmotiv der französischen Politik. Frankreich mit einer Defensivorganisation zu versehen, die gewaltig sein müsse, wenn sie bei einem Angriff in Tätigkeit treten muß, jedoch nicht geeignet sei, für irgendwelche imperialistischen oder Eroberungswerk, heißt gleichfalls der Sache des Friedens in wirksamer Weise dienen.

Reichsbannerahnenweiße in Arensdorf

SPD Berlin, 24. Oktober. (Radio)

Am Sonntag fand in Arensdorf (Kreis Lebus) die Fahnenweiße der dortigen Ortsgruppe des Reichsbanners statt. Diese Ortsgruppe hatte sich gebildet, nachdem im Verlauf eines Überfalls von Mitgliedern rechtsradikaler Organisationen im Juni d. J. zwei Reichsbannerfreunde getötet und mehrere verletzt worden waren. Im Verlauf der Veranstaltung wies der Regierungspräsident von Frankfurt a. d. O. darauf hin, daß er seinen Gruß nicht nur als Komader des Reichsbanners darbringe, dem er nach der Tat von Arensdorf demonstrativ beigetreten sei, sondern auch als Beamt des preußischen Staates.

Im Anschluß an die Begrüßungsreden formierte sich ein Zug, der durch Arensdorf marschierte und an dem Kriegsgefallenen-Denkmal einen Kranz niedergelegt. Das Haus des Mörders von Arensdorf war durch ein großes Aufgebot von Landjägern und Frankfurter Schuhpolizei mit Karabinern gesichert.

Um das neue Strafrecht

Zugang der deutschen und österreichischen Sonderausschüsse

WTB Berlin, 23. Oktober.

Heute traten in Berlin die Vertreter der beiden zur Beratung des Strafgesetzentwurfes eingesetzten Sonderausschüsse der deutschen und der österreichischen Vollversammlung zusammen, um sich über die Abschaffung eines einheitlichen Strafgesetzes für beide Länder und die Methode der Gemeinschaftsarbeit zu verständigen. An diesen Beratungen nahmen teil, ferner Österreich der Vizepräsident des Nationalrats Dr. Weber, ferner der Generalberichterstatter für den Strafgesetzentwurf Professor Dr. Rinckau und Dr. Eisler; für Deutschland die Abgeordneten Professor Kahl, der frühere Reichsjustizminister Emminger und Dr. Rosenfeld. Die Vertreter beider Länder verständigten sich nach eingehender Beratung über alle austastenden Fragen. Sie werden den Strafgesetzausschüssen der beiden Parlamente Bericht erstatten. Darauf werden diese Ausschüsse über die Zusammenarbeit u. beschließen haben.

Schweres Manöverunglück

WTB London, 24. Oktober.

Wie aus Buenos Aires berichtet wird, hat sich ein Rohrbruch einer schweren Haubitze während der Artilleriemaniöver in der Provinz Mendoza ereignet, wodurch sechs Männer getötet und sechzig, darunter drei Offiziere, verletzt wurden.

600 chinesische Arbeiter ertrunken

WTB Tokio, 24. Oktober.

Noch einer noch unbekümmerten Meldung aus Shihli ist infolge eines starken Tsunfts der japanische Dampfer "Sala-Mari" mit einer Besatzung von 600 chinesischen Arbeitern untergegangen. Es soll niemand gerettet worden sein.

Die Pest in Indien

Daily Mail meldet aus Allahabad: Die Mehrzahl der Einwohner von Socadebad bei Halderabad hat infolge des Aufstiegs der Pest die Stadt verlassen. Mehr als 20 Todesfälle täglich sind vorgekommen. Die Epidemie dehnt sich weiter aus. 18 000 Personen sind geimpft worden.

Berantwortlich für den tödlichsten Teil:

Alfred Herre in Leipzig.

Berantwortlich für den Interessenten:

Hugo Schopfand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Ullstein-Gesellschaft Leipzig.

Haemorrhoidenleidende sind dankbar nach dem Gebrauch von Apotheker Lauensteins Haemorrhoidal-Pille. Pillen und Tee. Allein echt König-Salomo-Apotheke (Ecke Nikolaistraße). Postversand. Grimmische Straße 15

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Das Zentrum

Zwischen rechts und links steht die Zentrumosphäre:
Ist noch stärkeres Blau geboten?
Soll man näher zu den Roten?

In dem Zentrum
wühlen Hände rum,
welche teils die Fäden schwingen,
teils die Friedenspalme bringen.

Aber über Nacht,
wie von Gott gebracht,
ist es wieder ganz beim Alten
und der Turm ist nicht gespalten.

Sachte, Schritt für Schritt,
sachte geht es mit,
und es sind noch Sets die Brücke:
Ein' Schritt vorwärts, zwei zurück.

Peter Sch.

Der Bauer

Eine Schachepisode aus dem Weltkrieg.

Als 1914 die großen Weltpolitiker glaubten, es könne auch einmal eine Schachpartie gespielt werden unter Einfluss von vielen Millionen Menschen, da mußten viele im Ausland lebende Deutsche daran glauben, indem man sie in Gefängnissen internierte.

So erging es einem deutschen Schachgenossen, der mit seinen Eltern in Russland lebte und bei Ausbruch des Krieges mit drei deutschen Genossen und vier russischen politischen Straßlingen gemeinsam in die Zelle eines russischen Gefängnisses gesperrt wurde. Den russischen Zellengenossen winkte Siberien und anscheinend sollte den deutschen Brüdern dasselbe Los zuteil werden.

"Um unsere trostlose Lage nicht durch die tödliche Langeweile zu verschlimmern," so erzählte uns Genosse B., verlief sich meinen Zellengenossen das Schachspiel zu erlernen." Über vor-erst mußte ein Spiel verhandelt werden, aber wie? Das war nicht so schwierig, als es schien. Jedes bekommt der Gefangene Brot. Und Brot ist leicht formbarer Artikel, solange es noch nicht hart ist. Also wurde getestet, 16 Bauern und 16 Offiziere. In jede Figur wurde ein hölzchen gesteckt, um den Figuren Stand und Halt zu geben. Das so hergestellte Spiel wurde natürlich hart, und schließlich war ein Stein nichts dagegen. Ich sollte das später gut zu führen bekommen. Nun wurde noch ein Spielfeld auf dem Boden hergerichtet, und nach kurzer Zeit spielten wir alle Schach. Natürlich war es streng verboten, aus dem kostbaren Artikel — Brot — Schachsteine herzustellen. Die Figuren wurden daher in Kopftüllen aufbewahrt, um der Beschlagnahme zu entgehen. Schließlich aber kam auch eine Zeit, wo wir Aussicht hatten, nicht nach Siberien, wohl aber nach Deutschland zu kommen. Nach und nach konnte einer das Gefängnis verlassen, und mir als einzig Zurecklebendem wurde ans Herz gelegt, das Schachspiel bei meiner eventuellen Entlassung mit herauszuschmuggeln. Endlich kam auch ich an die Reihe, ich sollte frei werden. Die Figuren waren in meinen Kissen, was mein Eigentum war, bereits gut verpackt, als mich der Wärter erstaute und mich darauf aufmerksam machte, daß ich auf keinen Fall durch die Kontrolle käme, und wurde ich erwacht, dann war mein Freizeitraum auf lange Gefäß, das ganz anderen unaufschließbaren Zwecken diente. Doch mit des Geschildeten Mächtigen —, ein Bauerlein hatte ich verkraxt, und bei der Kontrolle spazierte er in die Hand des Aufsichtsbeamten. "Was ist das?" schrie er mich an. Na, was sollte das sein, "eher ein Bauer" erwiderte ich ruhig. "So, weiß du, daß das verboten ist, du kommst in das Gefängnis zurück." Was sollte ich antworten? "Wenn es in eurer Gewalt ist, mich wieder ins Gefängnis zu stecken, nun, dann muß ich eben zurück." Der Beamte sah mich durchdringend an, das Recht hatte er wohl nicht. Weißt du, wir werden dich nicht wieder ins Gefängnis stecken, du mußt aber den Bauer freßen." Was sollte ich machen, die Freiheit wünschte mir. Still und gelassen schob ich den Bauer zwischen die Zähne. Es dauerte lange Zeit, ehe er sich nur etwas erweichen ließ, unterdrückt sich der Beamte an den Bewegungen meiner Raummaschine befürchtete, schließlich gab der Bauer nach und ich konnte in die Freiheit zurückkehren."

B. schloß seine Geschichte, und wenn er den Bauer noch nicht verdaut hat, so heißtt er ihn heute noch.

Nachzählt von A. Sch. (Leipzig).

Der muß haben ein Gewehr...

Parademarsch eines "republikanischen" Richters

32 Berlin, 23. Oktober.

Die Republikanische Beschwerdestelle hatte sich über den Amtsgerichtsrat Lattmann in Schmallenberg bei dessen vorgesetzter Dienststelle beschwert, weil der Amtsgerichtsrat sich mehrfach öffentlich durch Worte und Handlungen republikfeindlich beleidigt hatte. Gegen Herrn Lattmann waren bekanntlich schon in Verbindung mit der in Schmallenberg ausgehobenen Ortsgruppe des in Preußen verbotenen Wiking-Bundes ähnliche Vorwürfe erhoben worden.

Auf die Beschwerde der Republikanischen Beschwerdestelle ist dieser jetzt vom Preußischen Landgerichtsdirektor in Münster, gen. Salzmann, unter 20. Oktober — Aktenzeichen 1. Gen. I 10. pt./181 — folgender Bescheid zugegangen:

Auf Ihr Schreiben vom 18. September 1927, den Amtsgerichtsrat Lattmann in Schmallenberg betreffend, gereicht Ihnen nach Prüfung der Angelegenheit Folgendes zum Bescheid:

Ju 1. Zum Plakatort am 4. 8. 27 ist Herr Amtsgerichtsrat Lattmann auf kurze Zeit erschienen und ist, als die Musik mit einem Marsch begann, in Erinnerung an seine Soldatenzeit etwa 100 Meter lang an der Musik im Schritt (d. h. Paradesmarsch). Die Red.) vorbeigegangen. Daß er zum Gaibium der Jugend und der Straßenjugend beim Konzert einherspaziert sei, liegt sich nicht feststellen.

Ju 2. Es ist richtig, daß der Amtsgerichtsrat Lattmann wiederholt mit Jungen auf der Straße in der von Ihnen angegebenen Weise "Solidar" gespielt hat. Er hat von diesem Verhalten aber bereits seit längerer Zeit abgesehen, was jedoch nicht verhindert hat, daß ihm auch später noch die Jugend auf der Straße manchmal etwas nachziehen.

Ju 3. Herr Amtsgerichtsrat Lattmann weiß hier nur noch, daß er mal nach einem Volkstertmin in einer Wirtschaft sich mit 2 Männern unterhalten und auch auf einem Klavier gespielt hat; ihm ist jedoch nichts davon bekannt, daß er bei dieser Gelegenheit im Paradeschritt die Gaststube durchmessen habe.

Das zu 1 und 2 erwähnte Verhalten des Herrn Amtsgerichtsrates Lattmann hat mir Veranlassung gegeben, ihm eine Rüge zu erteilen, da namentlich sein früheres Verhalten auf der Straße den Jungen gegenüber durchaus zu mißbilligen ist."

Heil uns!



Frühstück-Einwidernehmen. Und was Du sonst an Papier brauchst, hast Du auch an einer anderen Zeitung, die ich Dir dann nennen werde. Der wirkliche Grund war wohl ein anderer.

Du gefiel in Deiner Zeitung die Art, wie sie über alles berichtet, was in der Stadt vorgeht. Wir Frauen von heute tratschen ja nicht mehr auf den Treppen herum, aber es gibt doch noch so viele unter uns, die gern ein bisschen nach dem Klatsch schauen. Hand aufs Herz, Minna, es ist so, wenn wir auch natürlich versuchen, es uns abgewöhnen. Und diesen Klatsch versteht Deine Zeitung aus dem Effekt. Du brauchst nur daran zu denken, wie da Sonntags die Verlobungs- und Vermählungsanzeigen ausgebreitet werden, wie sich da jeder in "Stimmen aus dem Publikum" oder "Zuschriften aus dem Leserkreise" ausquatschen darf. Und überlege, wie ausführlich alle Morde und Ehebrüche beschrieben werden. So ins Intime gehend, daß man sich manchmal für diese Klatschsucht schämen könnte. Der übrige Inhalt der Zeitung aber sagt immer nur, wie gut die Welt eingerichtet ist, oder wie böse die Sozialisten sind, daß sie diese angeblich so gute Welt ändern wollen.



Wöchentlich kommt ununterbrochen Blatt, Margarine kostet wie wir, sie soll bloß Armeleide wie wir — außer den Geschwistern kostet sie bis herab...

Nun, Dein jetziges Unglück macht Dir doch hoffentlich die Augen auf, daß die Welt nicht gut ist. Wie kommt es nun, daß Du Deine Meinung nichts darüber gesagt hast, sondern Dir statt der Wahrheit immer nur Tratsche und Klatschgeschichten vorgezeigt hat? Sehr einfach! Die Verleger solcher Zeitungen gehören als reiche Leute mit zu denen, die auf keinen Fall sagen wollen, daß ihr Reichtum sich nur auf der Not des Armes aufbaut. (Denke an die Arbeitslosigkeit Deines Mannes!) Sie wollen mit ihrer Zeitung auch immer noch weiter Geld verdienen. Wenn Du und viele andere Frauen wählen, wie ungerecht alter Reichtum ist, dann würdet Ihr Euch mit uns Sozialisten zusammenfinden und diesen ungerechten Reichtum bekämpfen. Das aber wollen diese Zeitungsleute, hinter denen alle Weltenden stehen, nicht, und darum werdet Ihr in ihren Zeitungen vergebens die Wahrheit über unsre sozialen Zustände suchen. Sie freuen sich im Gegenteil, daß es unter den Arbeitern und ihren Frauen, auf deren Kosten sie reich werden, noch so viel Dumme gibt, denen sie ihre Lilgen und ihren Klatsch vorschwingen können — für teures Geld. Sie lügen sich mit Recht: solange es armen Leute unsre Zeitung lesen, so lange bleiben sie unbelohnt darüber, daß die Welt besser sein könnte. Solange die Arbeiter sich von uns etwas vormachen lassen, so lange extragen sie auch mit Schaffs Geduld ihre Not.

Du, Minna, wirst ja nun hoffentlich klug werden und nicht mehr eine Zeitung unterstützen, die Dir schöne Redensarten vorzeigt und doch hintenherum dafür eintritt, daß Margarine und Arbeitslosigkeit gerade gut genug für Euch ist. Du wirst dieses Lügenblatt abstellen und Dir eine Zeitung ins Haus kommen lassen, die zwar nicht tratscht, aber ganz offen und ohne Scheu Dir die Welt schildert, wie sie tatsächlich ist. Auch als Hausfrau wirst Du eine ganze Menge darin finden, was Dich interessiert. Und vor allem wirst Du durch diese Zeitung mit jener großen Menge von Frauen einig werden, die nicht länger mit ansehen wollen, daß ihre Männer und Väter und auch sie selbst ein blinder Spielball der Reichen sind. Es ist die "Leipziger Volkszeitung", die ich meine. Schau Dir einmal ein paar Nummern an. Du wirst sehen, wie kraftvoll sie ihre Stimme erhebt für alle, die unter der Unstethheit dieser ungerechten Weltordnung leiden. Und je mehr sich um diese Stimme scharen, desto früher wird unsre Welt geändert werden zum Besseren. Versuche es einmal!

Deine Schwägerin

Lotte.



Unter dem Schaus-Roman vergibt De beim Tagen Gehalt für geringes Gehalt Morgen so pünktlich zum Kaffee ins Haus fliegt. Als Du sie damals bestelltst, fühltest Du zwei Gründe an, warum Du gerade diese Zeitung wählest. Einmal, weil sie schon so früh kommt. Den Grund wirdst Du heute verworfen, wenn Du weißt, daß abgehetzte Arbeiter ihre Nachtruhe opfern müssen, um die Zeitung bis früh fertig zu stellen. Dann, weil diese Zeitung mehr Papier gäbe als eine andere. Nun, Du als saubere Frau wirst doch schmutziges Zeitungspapier nicht zum

Ende des Bergarbeiterstreikes

Der Schiedsspruch für verbindlich erklärt Die Entschließung der Bergarbeiterkonferenz

WTB Berlin, 22. Oktober.

Der zur Beilegung der Lohnstreitigkeit im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau am 21. Oktober gesetzte Schiedsspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt und von den Arbeitnehmerverbänden angenommen worden. Die Arbeitnehmer haben die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt. Dem Antrag ist vom Reichsarbeitsminister entsprochen worden.

*
Lieber die vorausgegangene Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter berichtet WTB aus Halle:

Nach mehr als zweitständiger Beratung hat die Funktionärsversammlung der Bergarbeiter den Schiedsspruch mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Die Abstimmung der Delegiertenversammlung ergab 381 Stimmen für und 36 Stimmen gegen die Annahme. Das Ergebnis wurde dem Reichsarbeitsminister mitgeteilt. Die Konferenz wurde geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Husemann, das Referat hielt Schmidt, Bochum.

WTB Halle a. d. Saale, 22. Oktober.

Das Abstimmungsergebnis der Bergarbeiterdelegiertenversammlung gibt, wie aus der Delegiertenversammlung mitgeteilt wird, insofern kein zutreffendes Bild von der tatsächlichen Abstimmung in der Versammlung, als die Opposition gegen die Annahme doch erheblich größer war, als rein zahlmäßig zum Ausdruck kommt. Dabei wird auch bemerkt, daß sich die Opposition durchaus nicht auf den radikalen Flügel beßrachtet. Auch Vertreter der gemäßigten Richtung, besonders diejenigen aus den Randsorten, wandten sich bei aller Anerkennung des Ergebnisses gegen die Annahme, weil der Schiedsspruch vor allem nicht die geforderte summative Lohn erhöhung, sondern nur eine prozentuale bringe, die die großen Spannungen innerhalb der Lohnstaffel weiterleben läßt. Unter demindruck der ersten Vorstellungen der Gewerkschaftsführer hat ancheinend ein großer Teil der Opponenten, deren Widerstand während der Verhandlungen mitunter sehr temperamentvoll zum Ausdruck kam, bei der geheimen Abstimmung den Widerstand in sich erstickt und für die Annahme des Schiedsspruchs gestimmt.

*

WTB Halle a. d. Saale, 22. Oktober.
Die Bergarbeiter-Delegiertenversammlung, die einen überaus stürmischen Verlauf genommen hat, nahm am Schluss folgende Entschließung fast einstimmig an:

„Die am 22. Oktober 1927 in Halle tagende Funktionärsversammlung der am mitteldeutschen Braunkohlenkarf beteiligten Organisationen nahm Kenntnis von dem Ergebnis der am 20. und 21. Oktober in Berlin stattgefundenen Verhandlungen in der Schlichtungskammer zwischen den Tarifparteien. Die Erhöhung der Löhne um 11,54 Prozent bedeutet einen großen Erfolg der Gewerkschaften. Wenn sie auch in Anbetracht der niedrigen Löhne der mitteldeutschen Braunkohlenwerke keine volle Befriedigung ausläßt, so spricht sich die Konferenz dennoch unter Berücksichtigung aller Umstände für die Annahme des Schiedsspruchs aus und beauftragt die Organisationsleitung, die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen. Mit der zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarung über Juristische der Kündigungen, Mahnregelungen, Kontraktabschluß und Wohnungsfürdungen betreffend, erklärt sich die Konferenz einverstanden. Die Konferenz würdigt die aufopfernde Tätigkeit aller Funktionäre während des Kampfes und spricht ihnen dafür ihren Dank aus. Sie erwarte, daß die Kameraden überall

die Wiederaufnahme der Arbeit einleiten, wie sie für die Niedrigstellung der Arbeit eingetreten sind. Erhalte und erhöht die Schlagkraft der Organisationen! Erhalte die Disziplin! Hoch die Arbeiterbewegung!“

Die Stellungnahme der Belegschaften

WTB Halle a. d. S., 23. Oktober.

Soweit es sich bisher übersehen läßt, wird der von den Gewerkschaften ausgegebenen Patole am Montag früh 6 Uhr die Arbeit im mitteldeutschen Streitgebiet wieder aufzunehmen, voraussichtlich zu mindestens 80 Proz. Höhe geleistet werden. In den Belegschaftsversammlungen ist es den Kommunisten nirgends gelungen, eine Mehrheit für die Fortsetzung des Streikes zu finden. Die Werke haben im allgemeinen den 25. Oktober für die Wiederaufnahme der Arbeit angenommen, da zahlreiche auswärtige Arbeiter bei Streitbeginn in ihre Heimat zurückgekehrt waren und nicht rechtzeitig von der Beendigung des Streikes unterrichtet werden können. Im Bitterfelder Revier haben sich die Gruben „Deutsche Grube“, „August“, „Theodor“, „Hermine“, „Luise“ und „Marie“ nahezu einstimig für die Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen. Heute nachmittag werden bereits die ersten Vorarbeiten zur Wiederbetriebsfeier der Gruben getroffen werden. Auch die Belegschaftsversammlung der Grube „Eppold“ beschloß nach klärlicher Aussprache die Wiederaufnahme der Arbeit. Die für die großen chemischen Betriebe und Filmfabriken im Bitterfelder Revier wichtigen Gruben in Wölfen haben ebenfalls die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Im Zeih-Welkenfelder Revier, wo man mit starken kommunistischen Widerständen rechnet, ist es den Gewerkschaftsführern überall gelungen, in den Belegschaftsversammlungen Mehrheiten für die Arbeitswiederaufnahme zu erlangen.

Die Unternehmer fordern Kohlenpreiserhöhung

WTB Berlin, 22. Oktober.

Das Mitteldeutsche Braunkohlenkonsortium und das Ostelsche Braunkohlenkonsortium haben die sofortige Einberufung einer Sitzung des Reichskohlenrates und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats mit der Tagesordnung „Neuregelung der Preise für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ beantragt.

Herr Brauns kann auch anders

Verschärfung der Lage in Niederschlesien

Im Lohnkampf der niederschlesischen Bergarbeiter wurde, wie wir bereits kurz berichteten, ein Schiedsspruch gefällt, der die Tarifschichtlöhne und die reinen Gedingelöhne um 8 Prozent erhöht. Der Schiedsspruch wurde von den Bergbauunternehmern abgelehnt. Eine Funktionärsversammlung des Bergarbeiterverbandes erklärte sich jedoch für die Annahme des Schiedsspruchs und beschloß, den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung zu stellen. Der Reichsarbeitsminister hat nun die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs abgelehnt mit der Motivierung, damit warten zu wollen, bis die geplante Zusammenlegung der niederschlesischen Grubenwerke, die am 1. Dezember erfolgen soll, perfekt geworden ist. Die Lohn erhöhung sollte am 1. Oktober in Kraft treten.

Die Erregung der Bergarbeiter, die schon wegen des ungünstigen Schiedsspruchs keine geringe ist (es waren 23 Proz. Lohn erhöhung gefordert), ist durch die Haltung des Reichsarbeitsministers im Steiger begripen, wodurch die Situation im niederschlesischen Revier eine bedeutende Verschärfung erfahren hat.

Selbstkostenverbesserung aber keine Lohnverbesserung

Aussichtsratsbildung beim Stahltrust

In der Aussichtsratsbildung der Vereinigten Stahlwerke wurde auf Grund eingehender Statistiken und Berechnungen über die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Betriebe und ihre im Laufe des am 30. September beendeten Geschäftsjahres erfolgreich durchgeführte Nationalisierung berichtet. Insbesondere wurde die sehr wesentliche Selbstkostenverbesserung, die im Laufe des Jahres erzielt wurde, dargelegt. In Eisen- und Stahlzeugnissen ist die Marktlage im Inland nach wie vor beständig und die Beschäftigung gut. Die Bergbau betriebe und Kokereien sind zwar auch noch eingeschränkt beschäftigt, jedoch sind die Preise im Vergleich zu den immer weiter steigenden Kosten so unzureichend, daß wesentliche Einschränkungen des Exports und damit verbundene Stilllegung einzelner Betriebsstrecken vorgenommen werden müssen. Die finanziellen Gesamtergebnisse lassen sich noch nicht übersehen, da die Abschlüsse der letzten Monate noch nicht vorliegen. Über die Aussichten für die nächste Zeit läßt sich angesichts der ungünstigen politischen Lage noch nichts sagen.

Buchwalds Börsenbericht, ein gut unterrichteter Börsenfachblatt, bedenkt diese merkwürdige Aussichtsratsbildung mit folgender kressenden Kritik:

Uebrigens versteht wir nicht, warum eine Sitzung eines so umfangreichen Gremiums, wie es der Stahltrustaussichtsrat darstellt, just in einem Zeitpunkt einberufen wurde, in dem die Zahlen der letzten Monate des Geschäftsjahres noch nicht vorliegen. Das ist doch durchaus ungewöhnlich. Das gesetzliche Zusammentreffen dieser Sitzung mit den neuen Lohnforderungen der Ruhrbergarbeiter läßt freilich die Möglichkeit offen, daß sich die vorstehend abgedruckte Verwaltungsmitschrift in erster Linie an die Adresse der Arbeiter richtet soll.

In den letzten Tagen erst hat das vereinigte Bettenkapital die Aussöderung des Bergarbeiterverbandes zu einer Verhandlung über eine Tenerierung entsprechende Lohn erhöhung mit der frischen Bewertung beantragt, doch eher über eine Lohnabschaffung als über eine Lohn erhöhung verhandelt werden können. Nun folgt man zu der Abfrage die Drohung.

Hoffentlich wird den Unternehmern des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus eine ebenso kräftige Antwort zuteil wie ihren Kollegen vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Der Schrei nach höheren Kohlenpreisen

In der letzten Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenkonsortiums wurde u. a. festgestellt, daß die im Monat August gemeldete Besserung im Absatz auch im September und Oktober anhalten hat. Das Syndikat hat sich in der gleichen Sitzung u. a. mit den umfangreichen Kokereien und hauptsächlich bei diesen Neubauten um einen Kaufkampf handelt, der zum Teil nicht bestimmt wird von wirtschaftlichen Erwägungen. Damit erkennt das Ruhrkohlenkonsortium die auch von uns mehrfach gelobte Kritik an der „Nationalisierung“ des Kohlenbergbaus an.

Das Syndikat beobachtet ferner, die Umlage für den Monat September auf 1,38 Mark pro Tonne zu erhöhen. Es ist bekannt, daß die Zeichen, die vorgezogene oder ausdrücklich für das bestreitige Gelingen fordern, diese hohe Umlage für die Ausgleichsfassade nur sehr ungern annehmen, weil die Inlandserlöse dadurch vermindert werden. Es wird damit unausbleiblich, daß der Aufschwung der Inlandspreise immer lauter erhoben wird. Dabei hat die Entwicklung des Inlandsverkaufs im Monat September die Tendenz zur Erhöhung der Umlage noch verstärkt. Die Ausfuhr an Steinkohle ist von 2,40 auf 2,08 Millionen Tonnen gegenüber dem Monat August zu rückgegangen. Auf der anderen Seite ist die Einfuhr von Steinkohle und die Einfuhr von Koks nach Deutschland im Monat September gestiegen. Diese Lage hat dazu geführt, daß seit April die Umlage von 2,50 auf 1,38 Mark gestiegen, also mehr als verdoppelt ist. Beachtigt ist dabei, den Kampf gegen das Eindringen der englischen Steinkohle in Deutschland und gegen das Vordringen der englischen Kohle auf dem Weltmarkt auf Kosten des deutschen Inlandes mit höheren Inlandspreisen zu finanzieren. Es ist höchste Zeit, daß das Reichswirtschaftsministerium über Maßnahmen nachdenkt, die Senkung der Umlagebeiträge zu erzielen.

Internationale Rohstahlgemeinschaft mit Hindernissen

Bei der Gründung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft war als oberster Zweck dieses Kartells die Angleichung der Ausfuhrpreise an die Inlandspreise verklündet worden. Wenigstens unter den Mitgliedern des Kartells sollte der Zustand ein Ende nehmen, daß einer dem andern das Absatzgebiet durch Verluste streitig zu machen sucht zu Preisen, die weit unter dem Inlandspreis liegen, so daß also der heimische Weiterverarbeiter für sein Material einen höheren Preis bezahlen muß als sein ausländischer Konkurrent. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden; die Auslandspreise zeigen eine Richtung nach unten, weil der Konkurrenzkampf auch nach der Gründung des Kartells nicht aufgehört, sondern sich sogar verschärft hat. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft ist daher brüchig geworden, und nur mit Mühe ist es gelungen, bei den in den letzten Wochen erfolgten Neuverhandlungen die Risse zu verkleimen. Um wenigstens eine mittelsbare Beeinflussung der Stahlpreise zu erreichen, versucht man die Bildung von gemeinsamen Verkaufsstellen und Einkaufsgemeinschaften für Halbfertigfabrikate ins Werk zu ziehen. Auch darüber scheint eine Einigung für abhängbare Zeit unmöglich zu sein. Die lädt den 17. Oktober in Brüssel angelegten Verhandlungen mühten vertragt werden.

Die Vertragung der Verhandlungen über die Errichtung von Verkaufsstellen für Halbzeug und Träger ist dem französischen Fachblatt „L'Usine“ zufolge, in erster Linie auf die Quotenförderungen der belgischen Industrie zurückzuführen. Wie das Blatt meldet, haben vor allem zwei belgische Werke eine beträchtliche Erhöhung ihrer Betriebsbezüge mit der Begründung verlangt, daß die Vergroßerung ihrer Anlagen und die Erweiterung ihrer Produktionskapazität, mit der sie gegenwärtig beschäftigt seien, bereits jetzt berücksichtigt werden müßten. Da auch von französischer Seite Sonderwünsche angemeldet worden sind, befürchtet man, daß sich das Zustandekommen der Verkaufsstellen noch um Wochen verzögern wird. Ein solcher Termin für die nächste Zusammenkunft der Internationalen Rohstahlgemeinschaft ist bisher noch nicht festgesetzt worden.

Glänzende Lage der Dresden-Leipziger Schnellpressen-Gärtner. Von Verwaltungsseite wird nach Buchwalds Börsenberichten mitgeteilt, daß sich der Geschäftsgang bei der Gesellschaft sehr günstig entwickelt hat, so daß die Gesellschaft bereits in den ersten fünf Monaten das erhöhte Aktienkapital nahezu einmal umgesetzt hat, was eine Steigerung des Umsatzes von ungefähr 35 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs bedeutet.

Arbeiterlöhne und Beamtengehälter

Aus Gemeindearbeiterkreisen wird uns geschrieben:

„Der Sächsische Gemeindebeamtenbund, eine dem Deutschen Beamtenbund angeschlossene Beamtenorganisation, hielt dieser Tage in Plauen seinen Bundestag ab. Wie das auf Tagungen dieser Art Organisationen so üblich ist, haben eine Reihe prominenten Persönlichkeiten Begrüßungsreden gehalten. So unter anderem auch der Geschäftsführer des Sächsischen Gemeindetages, Herr Dr. Naumann. Nach dem Bericht in der Zeitung des sächsischen Gemeindebeamtenbundes war die Rede Dr. Naumanns ganz besonders herziglich und erfrischend. Im allgemeinen legt man ja solchen Begrüßungsreden nicht allzuviel Gewicht bei, denn im Übergang der fehlenden Gefühle wird manches Wort gelutscht, was durchaus nicht so gemeint ist. Was uns jedoch veranlaßt, hier dazu etwas zu sagen, ist, daß Dr. Naumann glaubte, einen Vergleich ziehen zu sollen zwischen der Steigerung der Gemeindearbeiterlöhne und der Steigerung der Beamtengehälter.

Kein technisch betrachtet, ist es richtig, daß seit der letzten Feierzeitung der Beamtengehälter, seit November 1924 also, die Löhne der sächsischen Gemeindearbeiter um rund 30 Prozent gestiegen sind. Doch damit allein ist nichts auszugehen. Wenn Dr. Naumann glaubt, aus der Tatsache, daß dieser 30prozentige Steigerung der Arbeiterlöhne nur eine etwa spröngige Verbesserung der Beamtenentlohnung gegenüberstehe, eine ganz besondere Notlage der Beamtenchaft herleiten zu können, so muß dem die tatsächliche Höhe der Arbeiterlöhne und der Beamtengehälter gegenübergestellt werden. Und was zeigt sich da? Ein ungefeierter Gemeindearbeiter in Leipzig bezahlt zur Zeit 74 Pfsg. Stundenlohn. Das ergibt bei 208 Arbeitsstunden im Monat 158,92 Mark. Hinzu wollen wir noch rechnen 2 Pfsg. für Ehefrauen und 2 Pfsg. Kinderzulage, zusammen im Monat 8,32 Mark. Gesamteinkommen demnach 162,24 Mark. Ein verheirateter Beamter in der Gruppe II jedoch hat, ebenfalls unter Einrechnung einer Kinderzulage, im Monat 192, demnach rund 30 Mark mehr.

Ein gesetzter Arbeiter in sämtlichen Diensten bezahlt in Leipzig jetzt 90 Pfsg. Stundenlohn, dazu Chefstrauß- und Kindergeld, ergibt im Monat 195,52 Mark. Der in Vergleich zu stellende Beamte der Gruppe IV jedoch hat einen Monatsgehalt von 235 Mark, oder 41 Mark mehr als der Handwerker. Wir wollen damit zeigen, daß es nicht darauf ankommt, welche prozentuale Lohnsteigerung die eine oder jene Gruppe zu verzeichnen hat, sondern darauf kommt es an, ob mit dieser Eintreten eine Familie bei den heutigen Zeiten erhalten werden kann. Und da sind wir mit dem Herrn Dr. Naumann völlig eins, die Beamten bezüge sind in den unteren Gruppen unzureichend, aber — und das ist es, wovon noch zu wenig gesprochen wird, — die Arbeiterlöhne sind im Vergleich zu den Beamtengehältern dann geradezu Hungerlöhne.

Dr. Naumann bezeichnete in seiner Rede die Beamtenforderungen als bevorrechtigte Forderungen, die vor allem erfüllt werden müssen, lieber könne ein Rathausbau liegen bleiben. Ganz gut und schön, aber für die Lohnforderungen der Gemeindearbeiter gilt dies in noch weit höherem Maße, eben weil die Löhne der Gemeindearbeiter noch geringer sind als die Beamtengehälter. Wenn Herr Dr. Naumann als Geschäftsführer des sächsischen Gemeindebeamtenbundes für die Lohnforderungen der Gemeindearbeiter eintreten, sonst könnte ihm nachgefragt werden:

Zwei Seelen wohnen, ich, in seiner Brust!“ Allo bitte, Herr Dr. Naumann, Sie haben in diesen Tagen die schönste Gelegenheit, zu beweisen, daß Ihnen auch das Wohl der Gemeindearbeiter schwere Sorge bereitet!

Krankenkassenmitglieder, Achtung!

In den nächsten Wochen finden, soweit sie nicht schon stattgefunden haben, neben den Wahlen zu anderen Körperschaften der Sozialversicherung auch die zu den Krankenkassen statt. Im Gegensatz zu den politischen Wahlen schenkt man diesen Wahlen in den Kreisen der Arbeiterschaft viel zuwenig Aufmerksamkeit.

Die Reichsverfassung verspricht ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten. In Wirklichkeit aber ist die Arbeiterschaft im wesentlichen von einer maßgebenden Mitwirkung ausgeschlossen. In der Unfallversicherung sind die Arbeiter an der Verwaltung ganzlich unbeteiligt. Die Invalidenversicherung ist derart bureaucratisch gestaltet, daß die Mitwirkung der Versicherten zu einem bloßen Schein herabgebracht ist. Verdächtig in der Krankenversicherung ist es den Arbeitern durch ihre Zweidrittel-Mehrheit möglich, zu einem abschlagenden Einfluß zu gelangen und das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen weiter auszubauen.

Die Bedeutung der Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen geht aber weit über ihre Aufgabe, in den Krankenkassen mitzuwirken, hinaus. Auf diesen Wahlen bauen sich Stadtwirtschaftliche die Ausgaben zum Krankenkassenverband, zu den Organen der Berufsgenossenschaften und zu den Beisthern der Versicherungsbehörden auf. Gerade das System der Beistherr bei den Versicherungsbehörden soll durch die Verwertung der praktischen Erfahrung der Leuten das Höchtmach einer gerechten Rechtsprechung und das Vertrauen der beteiligten Arbeiterkreise in die Rechtsprechung sichern und dadurch der uns sozialen Sprachpraxis vieler Versicherungsbehörden einen Damm entgegenjagen.

Bei der großen Bedeutung der bevorstehenden Wahlen ist es unbedingt erforderlich, die flüchtigen und feindseligsten Arbeiter als Vertreter in die Ehrenämter der Sozialversicherung zu entsenden. Es ist alles auszubilden, die Liste der freien Gewerkschaften zum Siegen zu verhelfen und jede Jerschplitterung zu vermeiden. Mit welchen Gefahren zu rechnen ist, das lehrt ein Artikel in der „Sächsischen Gemeinde-Politik“, dem Organ der deutschen Gemeindevertreter. Dort wird ganz offen gezeigt:

„Wenn es ihnen (den „nationalen“ Arbeitern, Ned.) gelingt, mehr als ein Drittel der Stellen bei den Arbeitnehmern im Ausschuß und Vorstand zu besetzen, so können sie meist mit den Arbeitgebern zusammen eine sichere Mehrheit bilden und allen sozialistischen Sonderbestrebungen entgegenzutreten.“

An der Arbeiterschaft liegt es jetzt, solchen Absichten entgegenzuwirken, den Grundsatz der Selbstverwaltung hochzuhalten. Ohne diese Selbstverwaltung — Rechtlosigkeit der Versicherten, Bürokratie der Verwaltung!

Zentralverband der Angestellten.

Sächsische Angelegenheiten

Die Volkspartei und die Deutschnationalen

Die beiden Parteien hielten am Sonntag ihre Parteitage für Öffentlich ab, die Volkspartei in Dresden, die Deutschnationalen in Zittau. Beide Veranstaltungen dienten ausgesprochen der Vorbereitung der Reichstagswahlen.

In Dresden hielt der Volkspartei und Reichsjustizminister a. D., der sich schon oft den Vorwurf des Hochverrats gefallen sieht, nämlich der Reichstagsabgeordnete Dr. Heinze, einen Vortrag über die politische Lage im Reiche, dann sprach der Oberbürgermeister Blühn über die Landes- und Gemeindepolitik.

In Zittau drängelten sich eine ganze Anzahl Redner mit allerlei Vorträgen. Der sächsische Wirtschaftsminister Dr. Krug von Ridda, der sehr stolz auf seine Papierverordnung gegen die vorweggenommene Preissteigerung anlässlich der Beamtenbelebungsgesetzform ist. Dann traten die Reichstagsabgeordneten Quaas und Rademacher auf, schließlich auch der Reichsernährungsminister Schiele.

Schiele wiederholte sein Rezept für den Reichstagswahlkampf: Das deutsche Volk müsse sich wieder auf seine Helden und Führer befreien. Man müsse den Massenstaat überwinden und zum Persönlichkeitstaat zurückkehren. Der größte deutsche Führer der Gegenwart sei Reichspräsident Hindenburg.

Dann machte Schiele die dunkle Andeutung: „Die Außenpolitik steht vor einem Wendepunkt.“ Offenbar war diese Andeutung des weitesten Schieles zur Besänftigung der Unzufriedenen in seiner Partei bestimmt.

Zuletzt wurde eine Resolution angenommen für die christlich-konservativen - was ja bei den Deutschnationalen selbstverständlich ist.

Beide Parteitage zeigten, daß die Gegner schon jetzt alle Vorbereitungen für den Reichstagswahlkampf treffen. Das mögen die Arbeiter beachten!

Weiber - Weiber - Selt

Der hochobligé sächsische Industrielle Kaufmann, der mit Weibern, Pferden und Selt ungeheure Summen durchbrachte, obwohl er bereits völlig bankrott war, der dem General Müller 1923 beim Reichswehrmarsch in Sachsen erhebliche Geldmittel zur Verfügung stellte, hat in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht in Dresden Selt gehabt.

Kaufmann war vom Schöffengericht wegen Konkursvergehens zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf seine Berufung veränderte das Landgericht folgendes Urteil: Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird verworfen, ebenso die Berufung des Angeklagten, jedoch wird in Augs auf das Strafmaß das erste instanzliche Urteil dahingehend abgeändert, daß der Angeklagte wegen Konkursvergehens nach § 240 der Konkursordnung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wird. Die vom 8. Oktober bis 21. Dezember 1926 verübte Untersuchungshaft kommt voll in Anrechnung.

Kaufmann wird gegen das Urteil Revision anmelden. Offenbar will er seine gänzliche Freilassung erzwingen. Warum auch nicht? Es gibt ja noch so viele Kaufmänner vom gleichen Schlaf, und in den Kreisen, zu denen er sich rechnet, ist es doch üblich, die Werte, die andere schaffen, mit Pferden, Weibern und Selt durchzubringen.

Sind Krankenkassendelegierte in Russland?

Das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium teilt zu der in kommunistischen Zeitungen und der einzigen Neuesten Nachrichten erschienenen Aussicht, daß sich Delegierte der Allgemeinen Ortskrankenkassen zur Genesung in Sowjetrussland befinden, folgend:

Der Landesverband Freistaat Sachsen des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, e. V., der Landeskrankenkassenverband für den Freistaat Sachsen, der Landesschutzbund der sächsischen Betriebskrankenkassen und der Landesverband Freistaat Sachsen des Hauptverbandes deutscher Innungskrankenkassen haben auf eine Anfrage erklärt, daß die ihnen angehörenden Krankenkassen bisher kein Interesse und genauso eines Mitglied zur Kur und Pflege nach Russland, insbesondere in den Kaukasus oder nach der Krim gesucht haben und dies auch nicht zu tun beabsichtigen.“

Nach dem Dementi des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen Berlin-Charlottenburg erklärten also auch jetzt sämtliche sächsischen Krankenkassen, daß sie keine Delegierte nach Russland zur Kur schicken.

Ein neues Polizeibeamtengesetz für Sachsen

Die Staatskanzlei verbreitet folgende Meldung:

„Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. beschlossen, den Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes dem Landtag zugehen zu lassen, sowie die von Wirtschaftsministerium und dem Ministerium des Innern im Gebiete des Braunkohlenstreifts bezüglich des Einschlags der Technischen Rothilfe und der Polizei getroffenen Maßnahmen genehmigt.“

Der falsche Prinz

Leben und Abenteuer von Harry Domela.

20) Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G. Berlin W. 50.

Irreahrt

Eines Tages — es war im Sommer 1923 — sah ich vor mich hinunter, in der „Zoobude“, dem Wartesaal vieler Klasse des Bahnhofs Zoologischen Gartens. Ich pilgerte jetzt öfters nach dem Westen. Die Prachtstraßen des Weltens reizten und lockten mich trotz meines heruntergekommenen Zustandes, ja gerade weil ich so heruntergekommen war, als ob die Demütigungen, die verächtlichen Bilder, die mich dort trafen, mir ein Bedürfnis geworden wären, so ging ich daher. Wenn ich mich dann mit der Mollust des vor oder Welt Gegebenheiten genug entledigt hatte, schlich ich mich zum Bahnhof hin, drückte mich in eine Ecke des Wartesaals und lag Stundenlang still. Ich vegetierte dahin. Wenn jemand gekommen wäre, der mir geläufig hätte, du bekomst hundert Mark, wenn du das oder das tust, so hätte ich ihm gleichzeitig erwidert: Was? „It doch alles zwecklos...“ Schon einigemale hatte ich bemerkt, daß der bedienende Kellner mich prahlend betrachtet hatte, Was wolle er? Er sollte mich in Ruh lassen! Eines Tages befand er mich unter vier Augen zu suchen. Der Wartesaal war ziemlich leer. Er fuhr mich gleich an: „Jetzt habe ich dich lange genug beobachtet. Woher kommst du? Alexander-Kiez? Schlesischer Kiez? Schön' dich! So ein gesunder Kerl! Siehst du denn nicht, daß du verkommen bist? Mensch, woher kommst du?“ Man merkt dir an, daß du mal bessere Tage gesehen hast. Dummer Biß du auch nicht. Himmelherzgott nochmal, rapple dich doch zusammen! Man darf sich doch nicht so unterkriegen lassen! Ich sah ihn groß an, lächelte, stand auf und ging. Ein paar Tage lang mied ich den Bahnhof. Als ich wieder hinging, sah er mich erneut. Übermals herzüchtete er mich an. Er lachte mir, er kannte einen Schriftsteller, einen jungen Mann, für sein Haus suchte; ich solle mal zu ihm hingehen. Er nannte mir die Adresse, und ich versprach, den Herrn aufzusuchen. Ich ging auch hin, machte jedoch vor dem Hause fehlt und ließ mich wieder einige Tage nicht blicken. Dann, als ich mich dorthin aufzustellen, machte der brave Mann mich so herunter, daß ich mich jetzt ernstlich um die Stellung bemühte.

Trotz meiner Verwaltung wurde ich als Hausburde angestellt. Der Schriftsteller gab mir Kleider, und ich sah wieder einigermaßen annehmbar aus. Als ich das ruhige Haus dieses als ständen um helllichten Tage Geisterner auf. Wo ich ging und

Der Innenminister hat das neue Polizeibeamtengesetz bereits im Sommer im Haushaltsausschuß A des Landtages angekündigt. Man kann gespannt sein, welche Neuerungen dieses Gesetz enthält. Daß die beiden „allsozialistischen“ Minister Hebel und Glömer die Maßnahmen des deutchnationalen Wirtschaftsministers billigen würden, war nach der Politik, die diese beiden Herren in den letzten Jahren trieben, zu erwarten.

Das Brandungslück in der Laubenvolonie

Das schreckliche Brandungslück in der Laubenvolonie bei Döllnitz-Dresden, dem vier Kinder zum Opfer fielen, gewinnt noch dadurch einen besonderen furchtbaren Charakter, daß, wie sich bei der Rekonvaleszenz der kleinen Leichen jetzt herausgestellt hat, das Chepaars dabei drei Kinder, zwei Knaben und ein Mädchen, verloren hat. Das pierte Opfer war das Kind eines Chepaars fröhlich. Anschließend haben sie in der Laube, in der sie vor der kalte Schuh suchten, aus rein kindlichem Interesse (die Kinder waren zwei bis sechs Jahre alt) den Spiritusapparat angezündet, worauf die Flammen die Kinder sofort erfaßt haben. Die vier kleinen Leichen wurden in den vier Ecken der Laube hundert aufgefunden, in die sich die Kleinen, da sie keinen Ausweg wußten, in ihrer Verzweiflung schließlich hineingeheuht hatten.

Dresden. Der gefährliche Kopfsprung. Im Günzbad sprang ein Schwimmer aus drei Meter Höhe kopfüber ins Wasser. Dabei schlug er auf den Beckenboden auf und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

Böbau. Unter dem Verdacht des Kindermordes. In Obercunnersdorf war eine schwangere Arbeiterin während der Feldarbeit von ihrer Niederkunft überfallen worden. Da das Kind nach Angabe der Mutter gleich nach der Geburt gestorben ist, hat die Mutter den Leichnam in einer Kiesgrube begraben. Auf eine Anzeige hat die Polizei die Untersuchung gegen die Mutter wegen Verdachts des Kindermordes aufgenommen.

Rundfunkprogramm

Dienstag, den 25. Oktober. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise; amerikanische Metallmeldungen des Vorabends. 12,30 und 13,25 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 14,45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Notiz und Berliner Butler. 15,30 Uhr: Berliner Devisenamtlich, Berliner Produktionsbörse amtlich. 16 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 14,45 und 15,30 Uhr und die laufenden Produktionsbörsen, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrott. 16,08 Uhr: Fortsetzung der Baumwolle und Landwirtschaft, laufenden Produktionsbörsen, Magdeburger Zulieferbericht. 17,25 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 18 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; letzte Notierungen. 20,05 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen, Unterhaltung und Belehrung. 19,05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsunk. 19,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagessprogramms. 19,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Worauslage (Deutsch. und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Post-A.G. Berlin. 12,35 Uhr: Rauener Zeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16,30-17,25 Uhr: Nachmittagskonzert. Mitwirkende: Susanne Preß (Gesang), das Dresdner Streichquartett (die Herren Fröhlich, Schneller, Riphahn, Kropholler), Emil Klinger (Klarinet). Flügel: Röhrig. 17,30-18 Uhr: Liederprobe aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18,05-18,30 Uhr: Frauenfunk. Frau Dr. Dietrich-Kommissar: „Arbeitsförderung und Haushalt.“ 18,30-18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. von Eschen und C. M. Alipieti: Spanisch für Anfänger. 19-19,30 Uhr: Prof. Dr. Martin Gildemeister: „Über den Tod durch Elektrizität.“ 19,30-20 Uhr: Vortragsreihe: „Die erste deutsche Revolution, 1848/49.“ 2. Vortrag. Professor Dr. Brandenburg. 20 Uhr: Weitervorausfrage und Zeitangabe. 20,15 Uhr: Seltsame Begebenheiten. Mitwirkende: Herrn Lange-Wisch (Rezitation) und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. R. R. Duse. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,15-24 Uhr: Unterhaltungsmusik. Waldo Osterndorf und sein Kammerorchester.

Krankheitsweger

die durch Mund- und Rachenöhle in den Körper eindringen, werden durch Panstelin-Pastillen in ihrem Wachstum gehemmt und unschädlich gemacht. Die Panstelin-Pastillen sind daher ein wirksames Schulzmittel gegen Erkältung und Ansteckung. Sie sind angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Von ersten Fachgelehrten warm empfohlen. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

(Zusammensetzung: 3,6 Diamino- 10 Methyl-Acridiniumchlorid 0003 mit Kokao und Zucker als Pastillenmasse.)

Aus der Umgebung

Engelsdorf, Montag, den 24. Oktober, 20 Uhr, findet im Schulsaal eine Elternversammlung mit dem Thema: „Der Reichsschulgesetzentwurf und seine Gefahren“ statt. Eltern und Erzieher, kommt und wehrt euch gegen die Verschönerung unserer Schule.

k. Erbherrn. Gemeindeverordnetenversammlung. Durch Säumigkeit einiger neutraler (?) Vertreter sowie Fernbleiben der sämtlichen Bürgerlichen konnte die Sitzung erst 20,15 Uhr eröffnet werden. In Anfang mehr Winklichkeit! Unter Mitteln wurde Kenntnis von der Obstabgabe aus dem Ertrag der Lehmbraue an Minderbemittelte genommen. Genosse Paul Kirchhof ist an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Arthur Kreischner als Gemeindeältester vom Amtshauptmann verpflichtet worden. Frau G. v. v. Ludwig hat die Umzäunung ihres Grundstücks entsprechend des Fluchttunnelsplanes eingekratzt. Die Baufache Rüddinger betreffend Eisenbau für Jurisdicci wird genehmigt. Auf dem erworbene Lehmanschen Grundstück mußte zwecks Versorgung der Meter mit gutem Trinkwasser ein Brunnen errichtet werden. Der Neubau des Konsumvereins ist bereits in Angriff genommen und wird unter den üblichen Bedingungen durchgeführt und verspricht eine Verbesserung des Ortsteiles Erbherrn. Der Bauherr hat die Lichtverbilligung werden wie im Vertrag an Minderbemittelte und an Erwerbstiere in bar ausgezahlt. Ein Gehsh wurde an das Ministerium gebracht, in dem die 2000 Mark Vorschuss als endgültige Beihilfe gewährt werden sollen. Zur Ausbesserung der Straßen ist ein Verlust am Waldweg mit Kolas unternommen worden. Wenn sich das Verfahren bewährt, sollen alle Straßen mit dieser Masse noch und nach ausgebessert werden. Das baurechtliche Ortsgebot wird mit kleiner Änderung neu beschlossen und das vom Ortsteil Crostewitz aus dem Jahre 1923 aufgehoben. Gemeindeverordnete Genosse Max Hoyle bittet um Entbindung von seinem Amt, da er durch seine Tätigkeit Schwierigkeiten in seinem Geschäft zu erleiden hat. Für seine aufopfernde Tätigkeit auch in den Kriegshäusern wird ihm der Dank ausgeschert. An seine Stelle tritt der Genosse Gustav Schwarzbauer. An die Bereitstellung der Feuerzüge sowie des Schlauchmaterials des Rittergutsbesitzers Dr. Frieder werden von ihm mehr als lächerliche Bedingungen geknüpft. Eine Sicherung für entstehende Brände im Ortsteil Crostewitz ist aber trotzdem gewährleistet. In der Baufache Richter-Zeldler auf Marktseeberger Flur wird zur Beschaffung des Baubarehens die Garantie übernommen und befürwortend weitergegeben, erhält doch die Gemeinde dadurch wieder zwei Altwohnungen. Eine Aenderung des Arrestofals, das zur Unterbringung von Obdachlosen und Durchziehenden Verwendung findet, soll, da menschenunwürdig, vorgenommen werden. Unsere Genossen Schindler und Böhne sprechen sich warm für schnelle Aenderung aus, zumal es immer nur die Armuten der Armen sind, die gezwungen sind, darin Unterkunft zu finden. Leider sind gegenwärtig keine Mittel vorhanden. Es wird versprochen, die Angelegenheit im nächsten Rat einzubringen, wenn nicht schon zuvor durch das Ministerium Mittel gefordert werden sollen, zur Verfüllung gestellt werden. Eine Untersuchung des Wassers der drei Gemeindebrunnen soll vorgenommen werden. Infolge der hohen Kosten kann dieses nur noch und noch erfolgen. Der Erhöhung der Gebäuhöfe für die Heimbürgschaft sowie der Erhöhung der Beihilfen zur Totenbefriedung wird zugestimmt. Die Straßenbeleuchtung im Ortsteil Crostewitz erhält eine Beförderung um drei Brennstellen durch Anbringen von Wandoamen. Der Beurlaubung des Herrn Beamten Paul zur Assistentenprüfung wird zugestimmt. Die Verbreiterung der Karl-Riebeck-Straße soll als Stoffstandort vorgenommen werden, wodurch eventuell auch Kriensunterstützungsberechtigte anderer Orte beschäftigt werden müssen. Zur Volksküche sind nur 10 Portionen angemeldet. Die Einführung soll deshalb bis Mitte November vorbereitet werden. Die Schulspaltung wird in bisheriger Weise weitergeführt. Zum Schlus wird eine Resolution gegen den Neudörfischen Reichsabgeordneten einstimmig angenommen. Auch der überrevolutionäre Otto Gaßig (ND) ist von der „Tat“ und von dem „Aktions-vorwärtsstreben“ abgewichen und plädiert für „papirne“ Resolutionen, während unsere Genossen auf die Schule anderer hinweisen, die die Zusammensetzung des Reichsparlaments in seiner heiligen Form verschuldet haben, was sich die bürgerlichen sowie die bürgerlich-neutralen Vertreter bei kommenden Reichstagswahlen merken möchten.

Leuna. Vom Starkstrom getötet wurde auf dem Wege zur Arbeitsstelle der Schlosser Hagling. Er war mit einem herabfallenden Draht der Starkstromleitung in Berührung gekommen, erhielt einen elektrischen Schlag, der seinen Tod zur Folge hatte.

Mönnes zuerst betrat, hätte ich zu jeder Bedingung den Posten übernommen. Hier war Schweigen, Stille, Frieden. Hier konnte ich eine Zufriedenheit haben. Lange dauerte es, bis ich wieder zu Kräften kam. Jetzt erst, hier in der Ruhe, begann mich der Spuk der Unterwelt zu quälen, durch die ich hindurchgegangen war — und ich war froh, mich in einen Käfig verkrochen zu haben. Nur austruhen, erholen, schlafen... Keinen andern Gedanken hatte ich. Und dennoch gärtet alles in mir. Alle mit von Hause mitgegebenen Anbausungen waren vernichtet. Viel Neues hatte ich erlebt, hatte die Tiefen des Lebens gesehen, aber alles bildete in mir ein krauses Durcheinander, aus dem ich mir zunächst noch nichts Neues schaffen konnte. Nun wieder stand jene Welt in mir auf, in der ich mich noch vor kurzen heimisch gefühlt hatte. Mit jenen Leuten, ich gestand es mir oft verband mich etwas, das mich wieder zurückzuließen wolle. War es die gemeinsame Not, die sie ebenso wie ich erlebt hatten und noch erleben? War es das gemeinsame Schicksal, das wir oft zusammengehörten, weil wir alle von der Gesellschaft ausgestoßen waren? Lauter Fragen, auf die ich mir keine Antwort geben konnte. Der Schriftsteller hatte eine reiche Bibliothek. Daß ich denn in meinen freien Stunden und las. Da lebten in mir fremdes Leid und fremdes Schicksal auf, und ich sah, daß die Geschichte des Menschen nichts als eine einzige lange Leidensgeschichte war.

Langsam kam ich wieder zur Ruhe. Und als ich mich von meiner Hungerzeit etwas erholt hatte, da begriff ich erst, daß sie doch nicht ganz sinnlos war. Sie hatte in mir eine Selbständigkeit des Denkens entwölft, die ich für nichts in der Welt wieder hergegeben hätte.

Vielleicht war dies der Grund, warum ich im Hause des Schriftstellers auf die Dauer nicht bleiben konnte. War ich vorher von einer Eregung in die andere getaumelt, so verließ hier das Leben mit unerträglicher Gleichförmigkeit. So sehr im Anfang für mich die Entspannung vonnöten gewesen war, so sehr entnervte mich auf die Dauer der Mangel an Bewegung. Früher hatte ich unter den aufseitschauenden Gezüge der Straße geflüchtet; jetzt litt ich noch mehr unter dem forblosen Leben ohne Abwechslung und Steigerung. Ich konnte hier nicht bleiben, ich mußte hinaus. Eine Unruhe packte mich, ich würde schon nicht mehr verhindern, nicht mehr in jenen Zustand der Entniedrigung geraten. Draußen war das Leben, es löste mich. So war mir der erste Zwist mit meinem Bruderin gerade recht, ohne weiteres zu gehen. War ich unabbar? Ich fragte nicht danach.

Als ich jedoch durch die Straßen Berlins pilgerte, war mir, als ständen um helllichten Tage Geister auf. Wo ich ging und

(Fortschreibung folgt.)

Die neuen Seiten der Volkszeitung erhalten die bis Ende Oktober erschienenen Anfangskapitel der Abenteuer des falschen Prinzen Domela am 1. November auf Wunsch kostenlos nachgeliefert.

Vierzehn Millionen für einen Zahn

Eine Novelle von Leo Matthis.

Die Geschichte, die ich erzähle, hat sich vor einigen Jahren in Marokko zugetragen und ist in den Akten des englischen Generalkonsulats in Tetsuan nachzulesen.

Es ist die Geschichte eines Mannes und eines Vermögens, und die erstaunlichste, die ich jemals gehört habe: viel erstaunlicher als die Geschichte der großen Losgewinner oder Diamantensucher — denn doch jemand das große Los gewinnt, wenn er Lotterie spielt, oder Diamanten dort findet, wo sie zehntausend andere suchen, ist nicht gegen Sinn und Vernunft; doch aber jemand Millionen verdient, weil er einer Kabilin einmal einen Zahn ausgeschlagen hat, ist selbst in der Geschichte der abenteuerlichen Vermögen ein ungewöhnlicher Fall. Auch hat die Geschichte, abgesehen von diesem Datum, noch das Absonderliche, daß John Hasehurst — der Mann, der diesen Zahn ausgeschlagen — nicht, wie die meisten Multimillionäre, als Zeitungsunge begann, sondern zur Zeit jenes Vorfalls einen kleinen Laden hatte, dessen Spezialität ein reiches Sortiment von Hornknöpfen aller Größen und Farben waren...

Ich habe John Hasehurst nicht persönlich gekannt und weiß daher nicht, ob er zu den Menschen gehörte, die ein halbes Leben lang von jedem verkauften Hornknopf einen Viertelpfennig beiseiteln, um im fünfundvierzigsten Jahr — als Kapitalist — nachzuholen, wogegen sie im achtzehnten — als armer Schuhler — zu seien waren. Genug: John Hasehurst landete eines Tages in Ceuta, um eine Vergnügungstour durch Marokko zu unternehmen.

Ceuta — die langweiligste Stadt der Welt — entzückte ihn. Dinge, die er bisher nur aus den illustrierten Blättern kannte, wurden für seine Hände zum erstenmal greifbar: er sah zwischen europäischen Häusern zum erstenmal arabische, die wie voreidliche Juwelen aus ihrer flachen oder schmalen Rante lagen; er sah zum erstenmal tropische Pflanzen und auf den Straßen Menschen, die keine Hosen trugen, sondern einen farbigen Umhang, der beim Gehen manchmal die nackten Beine sehen ließ.

John Hasehurst reiste selbstverständlich mit Coco, denn er war ein englischer Mensch, und die Gefahr, irgendwelche Überraschungen zu erleben, wenn er Ceuta verließ, um sich die weitere Umgebung anzusehen, war daher ziemlich gering. Automobile, in denen zehn bis zwanzig Personen fahren, brachten ihn von Ceuta nach Tangier und von Ceuta nach Alcazar Kabir, und noch der leichte Ausflug, den er vor seiner Abreise unternahm, wäre sicherlich in der gleichen ruhigen Weise verlaufen, wenn dieser Tag nicht gerade ein Regentag gewesen wäre und die meisten Fremden es vorgezogen hätten, in der Stadt zu bleiben. Abgesehen von zwei Franzosen und dem Dolmetscher, der den Wagen ständig begleitete, war John Hasehurst daher der einzige, der nach Zoco el Had fuhr.

Marokkanische Strafen sind schlecht; sie waren an diesem Regentag fast unbefriedbar; kurz hinter einem Kabilendorf, das von Aedern eingeschlossen ist, blieb der Wagen stehen, und Hasehurst so wie die beiden Franzosen waren gezwungen, auszusteigen; mit vereinten Kräften versuchte man, den Wagen aus dem Schlamm zu ziehen. Da die Versuche — trotz der aufmunternden Kommandos des Dolmetschers — jedoch vergeblich waren, so blieb schließlich nichts anderes übrig, als sich nach kräftigstem Anstreben umzudrehen; der Chauffeur wurde in das Dorf geschickt, und nach einer halben Stunde waren auch Kabilen, Männer und Frauen, zur Stelle. Mit Geschrei und Arbeit gelang es, den Wagen wieder sotznmachen.

Ob es nun aber an der Ungeschicklichkeit des Chauffeurs gelegen hat oder, wie die Kabilen später behaupteten, an seiner Rücklichtlosigkeit, — der Stiel einer Senni, die einer der Kabilen abgelegt hatte, um besser arbeiten zu können, wurde von dem Wagen beim Anrücken überfahren und zertrümmert. Der Dolmetscher erklärte zwar sofort, daß der Stiel leicht werden würde, aber die Kabilen konnten sich über diesen Vorfall nicht beruhigen: sie drohten mit ihren Gewehren und wollten den Wagen nicht weiterfahren lassen, bevor der Stiel nicht beschädigt war; — und da der Verlust, den Schaden durch eine Geldsumme gutzumachen, an der Höhe ihrer Forderungen schwerte, so kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf sogar John Hasehurst erregt wurde, die Fausten ballte und sie einer Kabilenfrau vors Gesicht hielt.

Es hat sich später wiederum nicht feststellen lassen, ob das Gesicht dieser Frau mit den Fäusten von Hasehurst dadurch in Verzehrung kam, daß die Frau plötzlich ruckartig ihren Kopf umdrehte und auf diese Weise unverhohlen an seine Faust geriet, die einer ganz anderen hingehalten worden waren (wie Hasehurst behauptet), oder ob Hasehurst die Frau tatsächlich geschlagen hat (wie die Frau behauptet), — die Begegnung zwischen ihrem Gesicht und Hasehursts Fäusten muß jedenfalls ziemlich heftig gewesen sein, denn die Kabilin verlor bei diesem Vorfall einen Zahn.

In Europa kann man sich in einem solchen Falle zum Staatsanwalt begeben und verlangen, daß der Uebelstäter wegen Körperverletzung bestraft wird. In Marokko hat man das gleiche Recht, aber die Strafe besteht nicht in einer Verurteilung zu Geld oder Gefängnis, sondern der Kläger hat einen Anspruch — auf Vergeltung. Der alte Soz: Auge um Auge, Zahn um Zahn ist noch heute das Grundprinzip des islamischen Strafrechts, und das Ansehen der Alten, über das John Hasehurst zweifel mit Recht empört war, bestand daher in nichts Geringerem, als daß John Hasehurst sich verpflichtet hatte, ihr bis zum nächsten Tage 12 Uhr den gleichen Zahn, einen Augenzahn der oberen Reihe, aus seinem eigenen Gebiß zu überbringen.

John Hasehurst lachte, die Franzosen lachten, und selbst der Dolmetscher meinte, daß die Angelegenheit durch das englische Konsulat in Ceuta leicht beigelegt werden würde. Man notierte sich den Namen der Kabilin und forderte dann mit Nachdruck, den Weg jetzt endlich freizugeben. Über wie auf Kommando stellte sich die gesamte Gesellschaft vor den Wagen und erklärte: das Auto habe sofort nach der nächsten Kreisstadt, nach Tetsuan, zu fahren, und zwar nicht mit drei, sondern mit vier Passagieren; denn einer von ihnen würde den Wagen begleiten, um zu verhindern, daß der Mann, der die Robe besessen habe, einer Frau den Augenzahn auszuschlagen, sich der Gerechtigkeit Allahs entziehen könnte.

Es blieb John Hasehurst und seinen Begleiter nichts anderes übrig, als nachzugeben; einer der Kabilen — derselbe, der im Namen der ganzen Gesellschaft bisher die Unterhaltung geführt hatte — stieg ein, hängte sein Gewicht von der Schulter, stellte es zwischen seine Beine, und im 70-Kilometer-Tempo ging es nach Tetsuan.

Hasehurst begab sich sofort zum englischen Konsulat. Er war davon fest überzeugt, daß er mit einer Geldstrafe aus dieser Angelegenheit herauskommen würde.

Seine Überraschung war jedoch außerordentlich groß, als er durch den englischen Konsul erfuhr, daß eine derartige Möglichkeit zwar bestünde — aber nur unter der Voraussetzung, daß die Kabilin, der Hasehurst den Zahn ausgeschlagen habe, sowie ihre Verwandten mit dieser Lösung einverstanden seien. Sollten sie sich nicht bereit erklären, ein Sühnegeld anzunehmen, so bleibe nichts anderes übrig, als die Vermittlung des Sultans von Marokko zu erbitten. Man könne dann — vielleicht — erreichen, daß der Sultan durch einen seiner Beamten mit der geschädigten Familie verhandeln ließe. — Auf die Frage, wie hoch der Zahn einer sechzig-

jährigen Kabilin zu bewerten sei, antwortete der Konsul, er würde raten, eine Entschädigungssumme von zehn Pfund anzubieten.

Als Hasehurst das Konzil verließ, erklärte ihm der Konsul bereits vor dem Eingange und erklärte sich im Laufe des Gesprächs bereit, den Vorschlag Hasehurts, zehn Pfund als Sühnegeld zu zahlen, in seinem Dorfe zu befürworten — allerdings nur unter der Bedingung, daß Hasehurst ihm in Begleitung des Dolmetschers dorthin folge.

Man brach noch am gleichen Tage auf. — Das Dorf wurde zusammengezogen und der Vorschlag in Abwesenheit Hasehurts von der Gemeinde beraten.

Nach etwa einer halben Stunde gab man ihm den Bescheid, daß die Kabilin nicht bereit sei, auf seinen Vorschlag einzugehen. Hasehurst war verzweifelt. Er bat flehentlich, die alte Frau sprechen zu dürfen. Er bot zwanzig, dreißig, fünfzig — vergeblich. Sie beharrte darauf, Hasehurst sollte ihr den Gehalt der oberen Reihe aus seinem eigenen Gebiß persönlich überbringen.

In Begleitung des Kabilen fuhr man mühselig wieder nach Tetsuan zurück, unterrichtete den englischen Konsul und beratschlagte, was zu tun sei. Man einigte sich höchstlich dahin, ein aussichtsreiches Telegramm an den Sultan abzuladen.

Etwa vier oder fünf Tage blieb man ohne Antwort. Hasehurst hatte bereits den Plan gefaßt, Tetsuan heimlich zu verlassen — als er eines Morgens feststellte, daß er nicht von einem, sondern von fünf Kabilen bewacht wurde, und daß man sogar seine Telephon-gepräche belauschte. Erst am sechsten Tage wurde er in eine marokkanische Kanzlei gehoben, wo ihm in Gegenwart des englischen Konsuls ein höherer Beamter des Sultans erklärte, die Versuche, die Kabilin von ihrer Forderung abzuhalten, seien leider gescheitert — und da der Sultan nach islamitischen Rechten ebenso wenig wie ein europäischer Monarch die Möglichkeit habe, seine Untertanen zu verhindern, Rechtsansprüche geltend zu machen, der Grundsatz des islamischen Rechts aber nur einmal das Talionsprinzip sei — so bedauerte seine Majestät außerordentlich, den Wünschen Hasehurts und der englischen Regierung nicht entsprechen zu können. Im Gegenteil: Seine Majestät wäre, sich einer Entfernung des Zahnse nicht zu widersetzen, da man es sonst ihm, dem Sultan, zum Vorwurf machen könnte, den Fremden nicht eingesperrt zu haben; auch bestünde die ernsthafte Gefahr, daß das Dorf sowie die weitere Umgebung in Halle einer Widersehlichkeit durch diesen Vorfall in Aufruhr geriete.

Hasehurst verwünschte sein Leben und den Einfall, seine Sommerferien in Marokko zu verbringen; er sah stundenlang bei dem Konsul und beriet, was zu tun sei — er kam schließlich auf den einsätzlichen Gedanken, der Alten einen Zahn zu schicken, der ihm nicht gehört. Aber der Konsul erklärte, daß sein Gebiß von den Kabilen untersucht werden würde, und daß man im Falle eines Betruges auch noch den Sultan gegen sich hätte, der sich bisher wenigstens neutral verhalten habe. Es gehe dogmatisch aus den Erklärungen des Sultans hervor, daß ihm außerordentlich daran gelegen sei, irgendwelche Zwistigkeiten mit der Bevölkerung sowie mit der englischen Regierung zu vermeiden, und falls Hasehurst daher den Mut haben sollte, dem Sultan zu erklären, daß er nicht bereit sei, sich den Zahn auszuschlagen, oder auszuschlagen zu lassen, so halte er, der Konsul, es für wahrscheinlich, daß der Sultan, um einen außen- und innerpolitischen Konflikt zu verhindern, versuchen würde, Hasehurst durch ein größeres Gelöbnis umzustimmen.

Man wird bereits erraten, wie diese Geschichte ausgelaufen ist. Die Spurkugel des tödlichen Konsuls war richtig. Auf die Weisung Hasehurts, sich einen Zahn auszuschlagen oder auszuschlagen zu lassen, erklärte der Sultan, er sei bereit, John Hasehurst einen Wunsch zu erfüllen, der die Grenzen seiner Macht nicht überschreite.

Hasehurst wünschte sich daraufhin, auf Anraten des Konsuls, ein Stück Land im Rif-Gebirge — das ihm als Eigentum auch einige Tage später bestätigt wurde.

Noch am gleichen Tage ging er zum Zahnarzt, ließ sich den Augenzahn der oberen Reihe aus seinem Gebiß entfernen, übertrug ihn feierlich mit der rechten Hand dem Kabilen, indem er zugleich mit der linken die Oberlippe hält, um die Lücke in seinem Gebiß zu zeigen, und ging am nächsten Tage, als der Kabilen ihm erklärt hatte, daß das Dorf zufriedengestellt sei, zum Zahnarzt, um sich einen Ersatzzahn anfertigen zu lassen.

Drei Monate später begann er auf seinem Terrain mit Bauten, die, wie man allgemein vermutet hatte, ein positives Ergebnis hatten. Bereits im ersten Jahre war die Erbschaft des John Hasehurst-Campagne, Manchester — Zoco el Arba — einen Gewinn ab, der 700 000 Pfund, gleich vierzehn Millionen Mark, überstieg.

Kleine Chronik

Der Egaliator gegen die Piscator-Bühne. Der Egaliator Wilhelm II. hat durch die Berliner Rechtsanwälte Löwenfeld & Siebert bei der Leitung der Piscator-Bühne Eindruck erheben lassen gegen die beabsichtigte Darstellung seiner Person in der Aufführung des Stücks „Rasputin“. Das Schreiben beruft sich auf die Paragraphen 22 und 23 des Reichsgesetzes vom 9. Januar 1907, wonach „Bildnisse nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet“ oder öffentlich zur Schau gestellt werden“ dürfen, und führt aus, daß dieser Schutz verstärkt wird durch die Bestimmung des Paragraphen 23, die sich auf den Fall bezieht, wenn die Verbreitung und Schaffung ein berechtigtes Interesse des Abgebildeten verleiht. Das Schreiben fordert die Zusage, daß die abgeföhlte Darstellung unterbleibt und stellt andernfalls die Anrufung der Gerichte in Aussicht.

Die Direktion der Piscator-Bühne denkt, wie sie dem Berliner Tageblatt hierzu mittelt, nicht daran, sich von diesem Protest einschrecken zu lassen. Die Rolle Wilhelms II. ist mit vielen anderen Rollen erst nachträglich in das Stück hineingeschrieben worden; sie stellt eine geschichtliche Erweiterung des Dramas dar, die mit ausdrücklicher Zustimmung des Autors, Aleksei Tolstoi, geschaffen ist. An sich ist auch juristisch der Protest zunächst nicht haltbar, solange von der Darstellung keine beleidigende, also strafbare Wirkung ausgeht. Den übrigen Wilhelm II. nicht gut leugnen kann, daß er der Zeit geschichtige angehört — wenn auch in keineswegs rühmlicher Weise — so wird er wohl gegen Piscator-Tolstoi ebenso wenig machen können, wie gegen Emil Ludwig, der ihn ja bekanntlich über viele deutsche Bühnen geführt hat.

Kurt Singer, der langjährige Musikreferent des Vorwärts, ist zum stellvertretenden Intendanten der Berliner Städtischen Oper ernannt worden. Er tritt diese Stellung an und gibt also, wie der Vorwärts mitteilt, die ständige Musikkritik an der Zeitung auf.

So machen's alle. Nein, man hat nicht, wie die Druckfehler im vorletzten Satz der Opernbesprechung vom Freitag behaupten, „Regulation an Stelle geläufiger Dialoge gewählt, sondern Rezitative gesungen. (Das eben erwähnte den Schmerz, durch spürbare Opernkäste aus allen musikalischen Himmeln gerissen zu werden.) Auch bin ich nicht Preßchef der Schneiderakademie geworden, der über Saccos, Westen und Hosen zu orakeln hätte. Das Wilhelm Schleuning Sacco-Regulationen begleitet habe, war also freie Erfindung des Druckfehlers; es handelt sich um Secco-Rezita-

tive, d. h. Rezitative, deren Begleitung nichts weiter als knappe harmonische Tücklung darstellt. Immerhin ist der Druckfehler ein Ausblick: Vielleicht kommt es bei fernrem Kunsttheater durch Gento dahin, daß man die Opern einzelnen wird in Frad, Sacco, Byjama und Nachmittag.

Das Deutsche Volkstheater in Wien wird Ernst Tollers „Soppola, wie leben“ in der zeitlichen Fassung und der jüngsten Einrichtung von Ulrich Kronacher in alternaßter Zeit aufzuführen bringen.

Neues Theater. Björn Taldn von der Staatsoper Berlin singt Sonntag, den 20. November, den Turrido in „Caratteristica rusticana“ und den Canio im „Bajazzo“. Das berühmte Diaghileff-Ballett gastiert am 25., 26. und 27. November im Neuen Theater.

Der Hund ohne Schwanz

Das Theater ist ein Spiegel der Zeit. Es spielt für den Bürger. Aber der Bürger läßt sich darin die Revolution spielen, die er von Zeit zu Zeit gern, mit angenehmem Gruseln, — auf der Bühne sieht. Besonders wenn sie nicht gar zu ähnlich gemacht wird. Am liebsten genießt er das Gruseln natürlich an einem Gegenstande mit exotischer Schminke. Upton Sinclair's „Singende Vogelvögel“ haben erst kürzlich in Breslau einen kaum bestreiteten Erfolg gehabt. Eine starke und dramatische, logisch klare Komposition, ganz angefüllt von revolutionärem proletarischen Elan. Die Singenden Vogelvögel sind die Industrial Workers of the World in den Gefangenissen des Kapitalismus von Kalifornien. (Eine schöne Ausgabe des Buches ist für 1,80 M. im Berliner Wallverlag zu haben.) Der Kampf dieser radikalen Arbeiter-Union gegen den amerikanischen Kapitalismus vollzieht sich auf einem so weit entfernten Fleide des Planeten, daß der Normalbürger sich sagt, hier würde offenbar nicht seine Sache verhandelt und er könne ganz ruhig oder doch jedenfalls mit der nötigen Wilden dabei zuschauen.

Der Fall wird natürlich weit schwieriger, wenn sich die Dinge im eigenen Lande abspielen. Dann gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Das Stück muß entweder so gut sein, daß der durchschnittliche Parkettgäst sich gar nicht die große Mühe macht, herauszufinden, was der Mann eigentlich meint. Ein solcher Fall scheint bei der Aufführung von Franz Jungs „Legende“ in Dresden jüngst vorgelegen zu haben. Oder aber das Stück muß so grobe Schwächen, Unklarheiten, Konzessionen an das durchschnittliche Theater enthalten, daß die ehrlichen revolutionären Hintergedanken des Verfassers deswegen nicht allzu ernst genommen werden. Als solches Gründen hat Friederich Wolf bei seiner Kolonne Hund und im Leipziger Schauspielhaus nur einige wenige Peifer und Entrüstete gehabt. Und auch die wahrscheinlich nur, weil Viehwegen war so ungünstlich war, die beiden letzten Szenen, die dramaturgisch unentbehrliehen, wegzulassen, aber ehlich genug, die Revolution, die am Schlus markiert, nicht mit zu unterdrücken. Da mußte er sie denn im fünfminutenbrennertempo abwickeln. Raum hat das Militär einige Salven abgegeben, so reicht es auch dem Anhänger nach schon aus oder läuft über, und eine Schar offenbar unbedeutender Arbeiter singt „Bilder zur Sonne“. Alles natürlich hinter der Scene. Während auf der Scene ein alter Geheimratstrottel plötzlich hellsehend wird. Da muß man schon anerkennen sagen, wer gerade eine Revolution braucht, der soll sich nur ans Schauspielhaus wenden, das liefert sie prompt, billig und ohne viele Umstände. Wenn der Verfasser wirklich von diesem Schlus entzweit war, dann spricht das nicht für den Schlus, sondern nur, wie so manches andere, gegen den Verfasser dramaturgische Einsicht.

Nun hat er ja eigentlich gar kein Stück der sozialen Revolution geschrieben, sondern ein Siedlerstück in einer oft quälend pathetischen Wandervogelsprache, dessen Grundgesinnung man vielleicht bezeichnen kann als ein Gemisch von Bodenreformertum mit sehr viel Edelsanftmuth angelegt und zum Kochen gebracht. Ja, der Führer der Siedlerkolonne, die nach ihm „Hund“ benannt wurde, Josef Klemmanns, war als Oberleutnant im Weltkrieg ein ruhiger reicher Massenmörder und betätigte sich auch seiner Kolonne gegenüber wie ein unwiderstehlicher Indianerhäuptling. „Haut diese Faust ab, die sich verbiegt“, eine solche Sprache redet der schreckliche Knabe.

Noch schlimmer als der Held sind seine Weiber. In welcher Art die edle Sabine abwechselnd mit Josi und seinem mephitischem Gegner Flint der Liebe pflegt, und was Sabines vertrüste Schwester Thordis in gefährlichen und ungestrichenen Stellen tut, das geht auf keine Rücksicht, und wenn sie von Sudermann wäre.

Wie der Westentaschenmephisto Flint den internationalen Kapitalismus vertreibt, das ist nicht minder bejammernswürdig. Unstatt die Unmöglichkeit einer kleinen pseudokommunistischen Gemeinde innerhalb der kapitalistischen Welt an und für sich zu zeigen, konstruiert sich der unglückliche Autor ein verzweigtes Intrigenspiel, durch das er sich das Grundproblem völlig verdichtet.

Wahrscheinlich wird Friedrich Wolf für alles, was er schildert, Beispiele aus eigenen Erlebnissen anführen haben. Es soll auf dem Balkenhof bei Heinrich Vogeler in Worpswede einige Zeit gelebt haben, während er seine Kolonne Hund auf dem Moorhof-Theater spielen läßt. Aber er hat die Eingelassenen schlecht verknüpft, die Erlebnisse nicht bedeutet, sondern zu Komplottgeschichten benutzt. Ein Mann von reiner Gesinnung hat ein leider schreckliches Theaterstück geschrieben, an dem nichts belästigendes ist als die Kritiken, die ihm in Frankfurt und in Hamburg weisgemacht haben, so etwas wäre sehr interessant und sehr bedeutend und er möchte nur so forschen. Solche Kritik ist freilich nichts nützlich.

Helfen würde dem Autor höchstens ein Dramatur, der diesem Stück nicht wie Viehwegen den Schwanz abhakte, sondern es vielmehr vom Schwanz her aufzäumte, weil es auf der anderen Seite sowieso keinen Kopf hat. Man müßte die Weiberaffären zwischen Flint und Flint wegstreichen, von dem Nutzen intrigenartig nur das allernotigste stehen lassen und das ganze Stück auf die eine Linie bringen: der edelsanftmütige Bodenreformer scheitert an innerer Konfusion, aber an seiner Rechte vorbei schreitet die Masse den falschen Zielen des Sozialismus zu. Nicht weil das unserer Überzeugung entspricht, sondern weil das Stück sonst überhaupt keine dramatische Linie hat, könnte man es nur auf diese Weise retten.

Das jugendbewegliche Pathos und die drosslige Sudermann-Mämmy des Autors delamen den Schauspielern schlecht. Hans Böhm kämpfte manchmal mit den Gefahren einer Hauptrolle, die fortwährend schreit, sei es nun vor Wut oder vor Versteigerung. Schaffganz unterlag dem Westentaschenmephisto, dessen Format er nicht zu steigern vermochte. Fräulein Weichert verbog sich vollständig als verrückte Thordis und Frau Langselber hatte als edle Sünderin Sabo das düsterste Los zu tragen. Unter den Proleten der Kolonne Hund war der neue Herr Engels als Nell der Entstelle recht bemerkenswert.

Um besten aber sind dem Autor wie dem Theater zwei komische Beamtentypen gelungen. Stoedel als sachlich-konservative Ministerialdirektor und Straube als der ihm in jede weniger sachliche Stelle hineinkriechende Regierungsrat.

Filmschau

Mit der Feindschaft zweier Männer um eine Frau beginnt die Sturmflut, mit zwei glücklichen Bärchen wird sie beeindruckt. Dazwischen liegt ein Meer von Sentimentalität, aber glücklicherweise auch das wirkliche Meer. Und dieses Meer ist der einbrucksvolle Spieler dieser etwas langgeratenen Geschichte. (Einzelns.)

III.



Der Keller im Winter

Gast in jedem Haushalt dient der Keller als Aufbewahrungsraum für Kartoffeln, Obst, Gemüse, eingeschlagene Früchte, Drahlienknollen usw. Vor dem Einbringen all dieser Wintervorräte macht sich außer einer umfassenden Reinigung ein durchgreifendes Ausstreichen und eine gründliche Desinfektion nötig. Wenn man immer darauf gehalten hat, faulende Kartoffeln u. dergl. restlos zu entfernen, so hat man schon wenigstens etwas getan, um den Keller nicht zu einer Bakterien-Brutstätte allergrößten Stils zu machen. Bakterien finden sich aber überall und geschäden in jedem Keller die leicht verderblichen Wintervorräte. Darum sollte man der Vorbereitung des Kellers für den Winter nicht aus dem Wege gehen, aus leicht ersichtlichen Gründen aber auch dem Gedanken nahe treten, die Reinigung gleichzeitig in Gemeinschaft mit den übrigen Hausbewohnern vorzunehmen.

Nach einer gründlichen Sauberung, die im gesundheitlichen Interesse des offenen Hauses erfolgen sollte, läßt man — Schöne warme Herbsttage vorausgesetzt — einige Tage lang die Fenster tagsüber offen stehen. Während eines nassen Herbstes ist es infolge des hohen Feuchtigkeitsgehaltes der Luft mit dem Durchlüften des Kellers natürlich nicht gelungen. Da empfiehlt sich das Aufstellen sogenannter Kolsößen, wie sie besonders auf Neubauten verwendet werden. Natürlich müssen sie bei geschlossenen Türen und Fenstern in Betrieb gebracht werden. Im Abstand von einigen Stunden solge man jedoch abermals für Rüstung, um die durchwärmte und mit Feuchtigkeit durchsetzte Luft entweichen zu lassen. In etwa zwei Tagen wird auf diese Weise selbst ein großer Keller ausgetrocknet sein. Da die Gase, die dem Kolsösen entweichen, äußerst giftig sind, ist während dieses Verfahrens natürlich Vorsicht geboten.

Zuletzt macht sich die Desinfektion des Kellers nötig, um das etwa vorhandene Ungeziefer zu vernichten und Bakterienherde zu beseitigen. Da die Desinfektion mit Hilfe von Schwefelsäuren erfolgt, müssen alle Speisenvorräte aus dem Keller entfernt und alle Türen und Fenster verschlossen, sowie vorhandene Nüthen sorgfältig verstopt werden, um das Entweichen der giftigen Schwefeldämpfe möglichst auszuschließen. Will man einen durchgreifenden Erfolg erzielen, nehme man für einen Kubikmeter Kellerraum etwa 25 bis 30 Gramm Schwefelsäure, die man in mehrere alte flache Gefäße verteilt, wie sie die Scherbelliste liefert. Um die Entwicklung und Wirksamkeit der sich bildenden schwefeligen Säure zu erhöhen, empfiehlt es sich, vor dem Anzünden der Schwefelsäure alle Holzhölzer, sowie Fußböden, Wände und Decke mit Hilfe eines alten Besenbesatzes zu schlecken. Dann gändert man die von der Tür aus am entferntesten liegenden zuerst an und hierauf die anderen. Vorsicht ist geboten; der mit den Schwefeldämpfen gefüllte Raum sollte nicht betreten werden. Erst nachdem sich die giftigen Gase eingedrängt haben, verzogen haben, kann man (Taschentuch vor Mund und Nase) recht schnell die Fenster, um die Dämpfe abziehen zu lassen.

Voror man die Speisenvorräte wieder in den Keller bringt, muß der Raum etwa zwei Tage gut durchlüftet werden. Auch im Laufe des Winters muß ab und zu für stundenweise Durchlüftung des Kellers gesorgt und durch Entfernung faulender Früchte und Blätter die Entwicklung neuer Fäulnisherde verhindert werden. rs.

Lututale, Rechtsanwälte und Preßgesetz

Wir erfüllten eine selbstverständliche Pflicht, als wir in mehreren Artikeln unsere Forderung aufmerksam machten, daß das in letzter Zeit mit enormem Reklameaufwand in die Welt gesetzte „Vorjüngungsmittel Lututale“ bisher noch keinerlei wissenschaftlich nachprüfbare Beweise für seine verjüngende Wirkung abgelegt habe. Der Arbeiter möge diese Beweise erst abwarten, ehe er sein sauer verdientes Geld für dieses neueste Produkt der geschäftstüchtigen Vollgefundenheits-Industrie ausgibt. Wir stützen uns dabei auf ein Gutachten unseres ärztlichen Mitarbeiters Dr. Solowetschik und auf eine Zuschrift der „Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuscheriums“.

Die chemische und Nahrungsmittelindustrie Wilhelm-Hiller, die Lututale-fabrikiert, bombardiert uns seitdem mit Zuschriften, weil unsere Veröffentlichungen den Umsatz ihrer Erzeugnisse stark beeinträchtigt hätten. Sie gibt damit also zu, daß ihr der Profit näher liegt als die Würde des Arbeiters, sein Geld erst dann auszugeben, wenn er Gewissheit hat, daß es sich verlohnkt. Die Gewissheit aber, daß Lututale wirklich verjüngt, hat die an der Volksgesundheit mit Profit interessierte Fabrik bis heute noch nicht erbracht. In ihrem allerneusten Aufklärungsblatt vom 15. Oktober 1927 führt sie allerdings neue Urteile an: Sie sind genau so unkontrollierbar wie die früheren, denn es heißt da: ein bekannter Berliner Arzt, ein bekannter italienischer Arzt, einer der größten holländischen Importeure, ein bekannter Universitätsprofessor in Jena, ein botanisches Institut in Süddeutschland, ein Berliner Gerichtssachverständiger, ein bestreuter Arzt: Sie sagen oder schreiben der Firma etwas. Wer die sonst nicht auf den Mund gefallene Firma, die Geld genug hat, einen gigantischen Reklame-Aparat im Interesse der Volksgesundheit zu inszenieren, muß auf einmal augenscheinlich sparen. Längt das Geld nicht mehr, um die Namen dieser „bekannten“ Leute danebenzusehen? Oder darf man nicht kontrollieren, wie Lututale probiert hat? Wir gestehen, daß uns diese Sorte Aufklärung nicht etwa überzeugt, sondern uns noch mehr zur abwartenden Forderung rätzt.

Als neuester Versuch der Firma, sich die Posten der Volkszeitung zur kostlosen Reklame zu öffnen, stellt sich die Zuschrift ihrer Rechtsvertreter heraus, die uns eine Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes entlocken möchten. Obwohl der eine der Herren Rechtsanwälte, der andere sogar Jurist ist, müssen wir ihnen auf ihre Zuschrift (wie schon manchen Juristen) als Jurist eine diese geben, denn sie entspricht nicht den juristischen Anforderungen des § 11. Wir würden sie still beiseite legen, wenn nicht einiges darin stand, was unsere Forderung gegenüber den Propagandameethoden der Lututalefabrik noch mehr verstärkt.

Wir schrieben z. B., daß bisher kein namhafter Arzt für Lututale eingeschworen sei. Die Firma läßt dazu durch ihre Rechtsvertreter erläutern: Es ist nicht wahr, daß sich noch kein einziger Rechtsanwalt eingeschworen habe. Wahr ist vielmehr, daß eine größere Anzahl günstiger Gutachten (ohne daß in der „Aufklärung“ ein Name genannt wird. D. Red.) bereits vorliegen und daß mehr als 3000 Arzte, darunter einige namhafte Universitäts-

Schändliche Behandlung der Notstandsarbeiter

Wie in Glauchau sind auch in Burgstädt Leipziger Erwerbslose als Notstandsarbeiter mit Bauarbeiten im Brauselochtal beschäftigt. Auch diese Notstandsarbeiter leben unter den menschenunwürdigsten Verhältnissen, worüber die folgende Zuschrift der Belegschaft der Notstandsarbeiter von Burgstädt unterrichtet:

Mit größtem Interesse haben wir den Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten in Nr. 238 vom 15. d. M. gelesen, welcher sich mit den Notstandsarbeitern beschäftigt. Der Artikelbeschreiber scheint etwas von der spinalen Kinderlähmung im Gehirn zurückzuhalten zu haben, oder — soll bewußt die öffentliche Meinung irreführt werden?

Wie die Verhältnisse auf anderen Stellen sind, wissen wir nicht. Wir wollen uns nur mit den Burgstädter Verhältnissen beschäftigen. Ebenso wie man über diese falsch berichtet hat, so wird es auch wo anders sein. Dem Herrn Stadtrat Blüm, der „den demagogischen Scheiter“ in der Sitzung des Stadtverordneten die Antwort erzielte, empfehlen wir, sich einmal eine Woche hier im Brauseloth aufzuhalten, dann wird er wahrscheinlich anschließend ins Mauseloch gehen.

Ruht zu dem Artikel der L. N. N., worin es heißt: „Zunächst überzeugt man sich an Ort und Stelle über die Möglichkeiten der Unterbringung.“ In Burgstädt war es wie in Glauchau, aber nicht wie eine menschliche Wohnung. Bettwäsche schlechter als im Armenhaus; das ist auch heute nicht besser. Ge-waschen wird dieselbe nur bei Schaltzahlen. Wasserleitung war im Bau und erst nach einigen Tagen fertig. Doch es hier zu Ausschreitungen kam, ist zum großen Teil auf die Verhinderung über den „glänzenden Empfang“ zurückzuführen. Dass die Verhältnisse nicht geprüft waren, ging aus den Worten des Herrn Dieck (Angestellter des Arbeitsamtes) hervor, der sagte: „Ich hatte geglaubt, es wäre alles in Ordnung, denn man hat mir das von hier aus versichert!“ Das ist die ärztliche Prüfung.

Mit welcher Gewissenhaftigkeit die ärztlichen Untersuchungen durchgeführt werden, dafür zwei Beispiele. Erstens: Trotzdem ein Erwerbsloser nur für leichte Arbeit vorgesehen war, wurde ihm empfohlen, nach Burgstädt zu gehen. Zweitens: Trotz der Untersuchungen wurde ein Geschlechtskranker

mitgeschickt. Nicht einmal in der „glorreichen“ Kriegszeit war es möglich, daß ein solcher in eine größere Ansammlung von Menschen gebracht wurde. Die kleine Meuterei der verheirateten Erwerbslosen hört schon auf, wenn sie genau Bescheid wissen über die recht günstigen Arbeitsbedingungen.

Von den 80 Pfennigen Stundenlohn haben wir noch nichts empfunden. Wahrscheinlich kommt das noch. Bisher hatten wir 20 Pfennige. Aber das haben wir gemerkt, daß wir mit circa 27 bis 28 Mark nach Hause gehen durften; denn es gibt immer noch Regen, und mit Regenschirmen läuft sich kein Tischau ausschließen. Herr bestoßorientierter Zeitungsschreiber der L. N. N. Wenn hier solch günstige Arbeitsverhältnisse mit 70 Mark Wochenlohn bestehen, dann wundert es uns, daß nicht der Schreiber der Tischaumeldung hierher kommt; denn er, mit seiner überragenden Intelligenz würde bestimmt 200 Mark verdienen.

Von einem Transport von 70 Mann sind noch 30 Mann arbeitsfähig, 7 frisch und 33 Mann sind infolge der „glücklichen Arbeitsverhältnisse abgeschaut, teils wegen Krankheit, teils wegen „Nose voll!“ Wir wünschen nur, daß sich die Herren hier einmal aufzuhalten, dann würde eine derartige Tretföhrung der öffentlichen Meinung nicht mehr stattfinden.

Wir könnten auch den Beweis bringen, daß das verdiente Geld gerade für die leiblichen Bedürfnisse reicht. Für heute möge dies genügen; wir müssen täglich für Mittagessen 1 Mark bis 1,30 Mark ausgeben, da wir im Restaurant als „bessere Herren“ essen müssen. Wir hoffen auf die baldige Kollegenschaft der hohen Herren der L. N. N. und des Arbeitsamtes.

In der vorletzten Stadtverordnetensitzung hat der Dezernent des Arbeitsamtes, Stadtrat Blüm, die Unterbringung der Notstandsarbeiter und ihre Behandlung in den rosigsten Farben geschildert. Er behauptete, daß nur noch ärztliche Untersuchung Leipziger Erwerbslose zu Notstandsarbeiter vermittelt würden. Wie standlos die Notstandsarbeiter, entgegen der Schönmalerei des Herrn Stadtrats, in Glauchau untergebracht worden sind, haben wir vor einigen Tagen, geführt auf eigene Studien, geschildert. Die Zuschrift der Burgstädter Notstandsarbeiter zeigt, daß sie ebenso standlos behandelt werden. Es wird schnellstens dafür gesorgt werden müssen, daß diese schändlichen Zustände beseitigt werden.

uns schon denken, daß der Herr Oberbürgermeister erklären wird, er habe nicht geantwortet, weil wir im Brief vom 30. September bemerkten:

„Wir sagen Ihnen ganz offen, daß wir die Deßenlichkeit und das Stadtverordnetenkollegium mit der Angelegenheit beschäftigen werden, weil wir nicht aufsehen können, daß Eigentzen ohne jeden Grund vernichtet werden.“

Dos faten wir, um ganz deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß wir trotz einer Zahlung nicht darauf verzichten, den Fall öffentlich zu besprechen. Wir verzichten jetzt auf eine Antwort. Herr Oberbürgermeister! Das Stadtverordnetenkollegium mag über die Handlung des Rates entscheiden. Wenn der Prozeß endgültig erledigt ist, kommen wir wahrscheinlich auf die Materie des Prozesses zurück.

Raubüberfall durch maskierte Räuber

Am 21. Oktober, nachmittags in der 10. Stunde wurde einem Radfahrer auf der Döbelner Landstraße, kurz nach dem Polizeirevier des Flugplatzes in der Nähe der dort an der Straße gelegenen großen Düngergrube ein Gegenstand in das Fahrrad gelegt. Hierdurch kam der Radfahrer zu Falte und stürzte in den Strohengraben. Im Begriffe wieder aufzustehen, trat plötzlich ein unbekannter Mann vor den Gestohlenen, hielt ihm eine Pistole vor die Brust und verlangte Geld. Gleichzeitig tauchte noch ein zweiter Mann auf, der den Überfallenen durchsuchte und ihm sein Bargeld, etwa 20 Mark, abnahm. Durch den erlittenen Schlag war der Überfallene jeder Abwehr unähnlich. In dem zur Zeit des Überfalls herrschenden starken Nebel sind die Räuber in der Richtung nach Leipzig entkommen. Das Fahrrad des Überfallenen war durch den Sturz völlig unbrauchbar geworden. Zwischen den Spulen des Vorderrades lag ein Holzstiel, wie man ihn bei Reißleibern verwendet. In dem Scheine der Fahrradscheinwerfer hat der Überfallene die Täter wie folgt erkennen können: Beide trugen dunkle Gesichtshälfte an. Den Räuber, der die Pistole vorhielt, kann er nicht näher beschreiben. Der andere war etwa 25 bis 30 Jahre alt und trug helle ausgewaschene Windjacke mit zwei braunen Aufschlägen und dunkelfarbigen Blaser. Der Lauf der dem Überfallenen vorgehaltenen Pistole, anscheinend Browningpistole, hatte eine kurze, dicke Mündung. Das Kriminalamt bittet um Mitteilung jedweder Wahrnehmungen, die zur Ermittlung der Räuber dienen können.

Noch ein Überfall

Am 20. Oktober, gegen 2 Uhr, wurde vor dem Grundstück Nordstraße 29, eine auf dem Nachhauseweg befindliche Hausangestellte von einem unbekannten Mann überfallen. Er trat vor dem genannten Grundstück plötzlich auf sie zu, packte sie, ohne etwas zu äußern, am Halse und würgte sie. Vermutlich durch das Näherkommen hat der Überfallene einen Schlagposaunen ab und ergriß die Flucht. Ob der Unbekannte einen Raub oder ein Sittlichkeitsverbrechen beabsichtigte, hat sich nicht feststellen lassen. Der Täter wird wie folgt beschrieben: 35 bis 40 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, untersetzt, kleinen schwarzen Schnurrbart, bekleidet mit schwarzer Überzieher, Blaser und grünen Camouflage oder Tarnen. Sozialen Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Täters führen können, erbittet das Kriminalamt.

Polizeinachrichten

Wem gehören die Fahrräder? In Verwahrung der Kriminalpolizei befinden sich folgende Fahrräder: Ein Herrenfahrrad, Marke W. C. Nr. 54 755 S, schwarzer Rahmen, gelbe Holzfelgen, angeblich im März 1926 aus einem Grundstück in der Kirchstraße in Leipzig-Mitte, in der Nähe der Brücke gestohlen. Ein Herrenfahrrad ohne Marke und Nummer mit schwarzaufladiertem Rahmen und Felgen, Bereifung von „Meyler-prima“, hinten „Brunonia“, Fahrrad mit Blumenverzierung, angeblich kurz vor Weihnachten 1926 in einem Grundstück der Kreuzstraße gestohlen, und ein Damenfahrrad ohne Markenschild Nr. 23 381 D, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, rotes Pedal defekt, angeblich am 11. März aus einem Grundstück der Lange Straße gestohlen. Die Fahrräder wurden bei einem jugendlichen Fahrradrobber vorgefunden. Die evil. Eigennummern werden hiermit erneut aufgefordert, sich beim Kriminalamt zu melden.

Warnung vor einem Taschendieb. Am 8. Oktober, gegen 14 Uhr, wurde auf dem Hauptbahnhof auf dem Bahnsteig 15 einer Dame aus ihrer Handtasche ein schwarzes Geldbäschchen mit 100 RM gestohlen. Als Dieb kommt ein unbekannter Mann in Frage. Er war etwa 40 Jahre alt, 1,80 Meter groß, schwächtig, hatte schwarzes Haar, schwarzen Schnurrbart und kurze, eilig geschnittenen Vollbart, längliches blaßes Gesicht und war bekleidet mit einer blauen Schirmmütze, daran ein Streifen, auf dem „Heilarmee“ stand, und einem dunkelblauen abgerissenen Paletot. Zu seiner Ermittlung dienliche Angaben erbittet das Kriminalamt.

Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig

Gegen tag im großen Saal des Volkshauses die Halbjahresgeneralversammlung des Unterbezirks Leipzig der Sozialdemokratischen Partei. Sie beschäftigte sich zunächst mit dem für die Gegenwart außerordentlich wichtigen Thema: Arbeiterbildung und Politik. Hierzu war als Redner der Geschäftsführer des Reichsbildungsausschusses, Genosse Alexander Stein gewonnen worden. Nach Erledigung dieses Tagesordnungspunktes nahm die Generalversammlung die Berichte der Unterbezirksleitung entgegen.

Zu dem Thema

Arbeiterbildung und Politik

führte Genosse Stein u. a. folgendes aus:

Es ist ein erfreuliches Zeichen der inneren Erstärkung unserer Bewegung, daß dieses Thema auf die Tagesordnung gelegt wurde. Wir schätzen es hervorherrnwert, daß wir uns unmittelbar vor den Wahlen, wie ja in Wahrheit nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten befinden, damit besetzen, die geistige Waffenkammer der Arbeiterbewegung zu verstärken und dafür sorgen, daß man im nächsten Jahre den Dingen besser gerüstet gegenübertrete, als bisher.

Bildungsarbeit ist keine Sonntagsarbeit, sondern ein untrennbarer Bestandteil der Partei, und Gewerkschaftsbewegung.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß namentlich in großen Bezirken wie Leipzig dieser Gedanke anstrengend schon Gemeingut der Partei genossen worden ist. Doch das ist nicht allein das Kennzeichen der jetzigen Stellungnahme der Arbeiterbewegung zur Bildungsarbeit. Hinzu kommt ein stärkeres Suchen nach neuen Wegen und Methoden unserer Arbeit. Dieses Suchen nach neuen Wegen ist ein Symptom der Stabilisierung unter den neuen Verhältnissen der Arbeiterbewegung überhaupt. Es wäre betrüblich, wenn wir jetzt noch sagen wollten: "mit den alten bewährten Mitteln kommen wir am besten vorwärts; aus andere können und wollen wir uns nicht entlassen". Wir dürfen nicht stehen bleiben; die Weltgesichte schreitet vorwärts und legt uns täglich neue Aufgaben auf. Gemäß fann man nicht Kultur- und Bildungsarbeit in die blaue Lust hinein betreiben.

Wir können nur arbeiten auf dem Boden des politischen und wirtschaftlichen Kampfes. Wir können nur neue Menschen in die Bewegung hineinbringen, wenn wir sie im Kampfe werden lassen.

Wir werden nur die großen Massen zur Kultur- und Bildungsarbeit heranziehen können, wenn wir ihnen die materielle Möglichkeit, die Zeit und Mittel verschaffen können, die ihnen das weitere geistige und menschliche Wachstum ermöglichen. Wir brauchen ganze Menschen in der Bewegung, nicht bloß solche, die aus Gefühl zu uns kommen oder aus irgendwelchen materiellen Gründen, wir sind eine Bewegung, die die Gesamtsumme der politischen und wirtschaftlichen Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten sucht und dabei zugleich ein großer Zukunftsideal hat, das Ideal der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Es ist ein bedauernswertes Mängel, daß wir an einer gewissen Überorganisation leiden. Alle möglichen proletarischen Organisationen sind darum bemüht, den vielfältigsten Interessen der Bewegung nachzukommen. Jeder willst an seiner Stelle nach bestem Wissen und Gewissen, aber es hat manchmal den Anschein, als ob die Bewegung in ihre einzelnen Teile zerlegt sei. Nur gilt es, aus den einzelnen Bruchteilen ein großes, schönes Gesäß zu machen, in das sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung hineinlegen lassen. Um Machtverhältnisse vorzubeugen, sage ich, daß ich mir die Zusammenfassung der Kräfte nicht so vorstelle, alle in einem Topf hineinzuswerfen, nicht eine mathematische Summe, nicht eine Zusammensetzung, sondern eine gegenseitige Durchdringung, eine gemeinsame Arbeit mit gemeinsamer Zielsetzung muß unser Bestreben sein.

Wie kann so ein Ziel erreicht werden? Nur auf dem Wege, daß einerseits in der Arbeiterbewegung selbst eine große geistige Vertiefung Platz greift und auf dem Boden dieser geistigen Vertiefung und Hebung des Niveaus jene Schranken überwunden werden, die jene die Arbeiter überschwärmweise voneinander trennt. Die sozialistische Erziehung soll den ganzen Menschen erfüllen, Hirn, Herz und Charakter. Das ist das Ziel unserer Bildungsarbeit.

In dieser Formulierung verwandelt sich unsere Bildungsarbeit in Parteiarbeit in großem umfassendem Sinne. Nicht mehr Errichtung und Belehrung allein, sondern Schaffung einer neuen Generation sozialistischer Arbeiter und Kämpfer, ist unser Ziel. Die reale Erkenntnis der Umwelt macht aus den von früheren Gesellschaftsgründen erzeugten mangelhaften Menschen andere Menschen, die nicht allein die jetzige Spanne der Bewegung, sondern die gesamte Bewegung, die Verbundenheit des Heute mit dem Gestern und des Heute mit dem Morgen sieht. Haben wir diese Erkenntnis in den Köpfen und Herzen unserer Kämpfer erzeugt,

dann haben wir nicht bloß eine politische Interessengemeinschaft und nicht bloß eine Wirtschaftsorganisation, geeignet, um diese und jene Verbesserungen zu erkämpfen, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die miteinander in allen Kämpfen allen Kameraden bis zum Ende treu bleiben; eine Gemeinschaft von

Menschen, aus deren Reihen herausgelebt ist der Geist der Vergangenheit; eine Gemeinschaft von Menschen, die nicht allein Sozialisten sind in Versammlungen, sondern auch in ihrem weiteren Leben; nicht eine Gemeinschaft von Menschen, die sich am Rande der Arbeiterbewegung irgendwelche Inseln bauen und im Grunde genommen danach streben, einen Blumensozialismus aufzubauen, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die mit den realen Kämpfen in der Gegenwart verbunden den konstruktiven Aufbau der Zukunft.

Solche Ziele sind Notwendigkeiten, die sich uns aufzwingen, ob wir wollen oder nicht. Kommen wir dieser Notwendigkeit nicht nach, so kommen wir ins Hintertreffen. Dann verwandeln wir uns in eine Reformbewegung nicht besser und nicht schlechter als die anderen. Kommen wir dieser Notwendigkeit nicht nach, dann laufen uns die anderen den Fang ab. Denn wir leben in einer Zeit, in der nicht wir allein, sondern auch die bürgerlichen Parteien um die Seile des Arbeiters ringen.

Die Zeit, wo wir die alleinige Partei der Arbeiterbewegung waren, ist leider dahin. Wir haben nicht bloß die Spaltung der Arbeiterbewegung selbst, sondern auch die Tatsache zu verzeihen, daß mehr als die Hälfte des deutschen Proletariats heute noch in den Reihen der bürgerlichen Parteien steht. Diese erstaunende Feststellung muß gemacht werden, denn wir sind nicht dazu da, uns Illusionen vorzumachen, sondern haben die Pflicht, einen stärkeren und besseren Auftrieb in uns Arbeit zu bringen.

Die Statistik zeigt uns, daß bei den letzten Wahlen von Leipzig Prozent der erwählbaren Menschen in den Städten nur 35 sozialdemokratisch oder kommunistisch gewählt haben. Die Hälfte der Arbeiter steht also im Lager des Zentrums, der Deutschnationalen, steht im Heer der Indifferenter.

Die bürgerlichen Parteien können ihre Mehrheit und Macht noch behaupten, weil die Hälfte des werktäglichen Volkes noch nicht ihre eigene Klassenstellung, ihre eigene Klassenlage erkannt hat.

Mehr als die Hälfte haben wir also noch das Recht der Erkenntnis zu bringen, mehr als die Hälfte müssen wir erst ihre eigenwillige Stellung in der Gesellschaft klar zum Bewußtsein bringen.

Genosse Paul Herz hat vor kurzem eine sehr interessante Statistik veröffentlicht; Vergleiche der Wahlstimmen bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Krieg (1912) mit den Jahren der letzten Wahlen des Jahres 1924. Er hat dabei die Zahlen der SPD und KPD zusammengezählt und festgestellt, daß diese gerade in den Großstädten, in den Industriorten einen Rückgang der Wahlstimmen von zehn bis fünfzig Prozent zu verzeichnen haben, während in den ländlichen Bezirken ein Ansteigen unserer Wahlstimmen um sechs bis vierzehn Prozent sich gezeigt hat. Ein Beispiel: In Berlin wurden 1912 75 Prozent Wahlstimmen für die SPD abgegeben, 1924 erhielten SPD und KPD zusammen 51 Prozent. Das ist ein Rückgang von 24 Prozent. In Hamburg erhielt die Sozialdemokratie 1912 61 Prozent der Wahlstimmen, 1924 dagegen nur 45 Prozent. Ein Rückgang von 14 Prozent. Im Jahre 1912 fielen in einem südlichen Bezirk, Chemnitz-Zwickau, 58 Prozent der Wahlstimmen der Sozialdemokratie zu, 1924 erhielten SPD und KPD 7 Prozent. Das ist ein Rückgang von 11 Prozent. Wir dürfen nun zwar diese Zahlen nicht ohne weiteres gegeneinander in Vergleich stellen. Wir haben jetzt ein anderes Wahlrecht, ein herabgesetztes Wahlalter, Wahlrecht der Frauen; die ländlichen Bevölkerung, die früher nicht frei, nicht ohne Terror der Besitzenden wählen konnten, vermöchten jetzt ein wenig aufzuholen, daher eine Steigerung der Stimmen in den ländlichen Gegenden. Man darf daher nicht annehmen, daß der Schwerpunkt der Bewegung sich nunmehr nach Sachsen oder Bayern verlegt hat.

Dennoch ergibt sich die zwingende Folgerung, daß eine große Zahl stärkerer proletarischer Wähler jetzt nicht mit den proletarischen Parteien geht, sondern abgeschrägt ist in das Lager der bürgerlichen Reaktion. Aber sie sind unsre Mitkämpfer von morgen, wie müssen ihre Köpfe und Herzen zurückgewinnen für unsre Bewegung.

Das ist die Aufgabe, die wir nicht zuletzt auch durch unsere Bildungsarbeit zu erfüllen haben. Die Umstellung des Menschen im gesellschaftlichen Kampfe geht durch seinen Kopf hindurch. Ehe wir ihm nicht neue Gedanken und Ideen geben, wird er vielleicht mal schimpfendes Gehör haben, aber dann auch wieder wegbleiben. An diese Menschen gilt es heranzukommen, diese Menschen gilt es nicht bloß dadurch zu gewinnen, daß man an ihre materiellen Interessen appelliert, sondern in dem man ihnen aufzeigt, daß der Kampf um ihre materiellen Interessen eng verbunden ist mit der Verwirklichung des gesamten sozialistischen Gesellschaftsideal.

Wenn wir von Weltanschauung sprechen, so müssen wir diesen Begriff ein wenig einschränken. Es handelt sich uns dann nicht um das Universum, nicht um die letzten Probleme des Kosmos, sondern um Dinge, die in das Gebiet der Gesellschaft fallen; für uns kommt in Betracht der gesetzte Mensch der kapitalistischen Epoche, der Sklave einer Gesellschaft, die noch nicht die Schranken der Barbarei überwunden hat. Für uns kommt in Betracht der gesetzte Mensch der kapitalistischen Epoche, der Sklave einer Gesellschaft, die noch nicht die Schranken der Barbarei

überschritten, hat. Für uns kommen in Betracht erst jene menschlichen, geistigen und seelischen Energien, die den jetzt unterdrückten Menschen die Möglichkeit geben sollen, nach dem Sprung von Engels den Sprung zu unternehmen aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Wir wollen den Proletarien mit unserer Bildungsarbeit einen neuen Bild von der gesellschaftlichen Welt geben, die Proletarier in den Stand setzen, zu durchschauen, wie Zug und Bezug uns umgibt. Nicht nur auf dem Gebiete der Politik und der Wirtschaft, sondern auch auf dem Gebiete der Geisteskultur, wie uns heute in rationalisierten Dörfern, die oft obendrein noch vergnügt sind, verabscheut wird. Man zieht vielfach die Ziele um, indem man sich die Aufgabe stellt, kämpferische Männer in kleinbürgerlicher Spieße zu verwandeln, indem man die lebensfähigen Elemente besonders der Jugend herausreißt aus der engeren gesellschaftlichen Bildungsarbeit und ihnen die Aufgabe gibt, die leichten Probleme der Wissenschaft zu lösen.

Das ist jene Strömung, die die Seele der halb- oder Viertelbildung hineingetragen hat in die Reihen der Arbeiterpartei, und Illusionen erzeugt, als ob man mit einem Dutzend Kreuzmüttern und einigen gebrechlichen Tüchern eine hohe Stellung in der Gesellschaft erlangen könnte; das ist jene Strömung, die den Dünkel erzeugt, als ob man schon weiß Gott was begreifen hat, wenn man einen Sohn klarer und deutlicher sprechen kann als die anderen. Wie sagen von vornherein, unsere Arbeit ist Zwangsarbeit im Dienste der kämpfenden proletarischen Klasse. Unsere Arbeit ist auch gleichzeitig Notfallsarbeit, die sich beschränkt muß auf das Notwendige und im Kampfe Wichtigste. Es wäre gewiß sehr schön, wenn wir eine Elite von Menschen erzeugen könnten, die alle Probleme beherrschen und das alte Kulturgut der bürgerlichen Gesellschaft erobern könnten. Wenn das einzelne tun, die die Fähigkeit dazu haben, und sich nicht loslösen von ihrer Klasse, mag man es gefallen lassen. Aber als Partei, als Organisation müssen wir den Aufgaben gerecht werden, die unser eigener Kampf um die Reform des Bewußtseins des Proletariats fordert. Die Jugend stellt große Anforderungen an uns, nicht, weil andere um sie werben, sondern weil sie instinktiv fühlt,

dass wir nicht mehr in der vorbereitenden Periode des Sozialismus, sondern in der Übergangsperiode zum Sozialismus uns befinden. Deut' mir die Jugend in ihrer Lebensführung läufigweise verwirrlichen, was wir weiter in ferne Zukunft als leuchtendes Ideal sehen.

Wir sind viel zu skeptisch und pessimistisch geworden. In unsern Mitgliedern steht noch der Glanz des Weltkrieges. Wir müssen den Jugendlichen den Weg bahnen und ihnen die Dinge nicht zu schwer erscheinen lassen.

Wie müssen unserer Jugend eine andere Denkmethode beibringen und sagen, mit dieser neuen Denkmethode erwerbt euch Wissen, erfüllt euch die Welt.

Es gibt keine bürgerliche oder proletarische Wissenschaft, sondern die Macht in der Gesellschaft hat, was die Wissenschaft beherrscht. Vor mehr als sechzig Jahren hat Nassau von der verbannten Bedürfnislosigkeit des deutschen Arbeiters gesprochen, der sich mit einem Zipfel Wurst und mit einem Glas schlechten Bieres begnügt. Das selbe muß man heute von der kulturellen Bedürfnislosigkeit sagen, die sich auch mit einem schlechten Zipfel Wurst ihren Willenshunger stillen und mit einem schlechten Glas Bier den Kulturdurst befriedigen läßt. Erzögern wir im Proletariat den Hunger nach Kultur, lehnen wir nicht die von der Jugend vertretenen Hoffnungen ab, daß wir alles, was schön und wissenswert ist, in unserer Umwelt für uns haben müssen. Dann wird unser Kampf einen ganz andern Charakter tragen.

Unsere Bildungsarbeit ist, die Menschen herauszureißen aus dem Gefängnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ihnen das Bewußtsein zu reformieren und zu revolutionieren, die Aktivität zu verstärken, politische Schulung zu weden, die Bedingtheit und Gebundenheit unseres Kampfes klarzumachen. Diese Arbeit unterscheidet sich von den andern Arbeiten unserer Bewegung darin, daß sie das Ganze, das Endziel im Auge hat. Bei aller Notwendigkeit des Kampfes um jede Verbesserung, bei aller Notwendigkeit der realpolitischen Einsicht ist unbedingt erforderlich, als große Zusammenfassung, als Synthese, jenes Werk der geistigen Durchbildung und Vertiefung unserer Partei, die Zusammenfassung aller Strömungen in unserer Bewegung zu einer großen Einheit. Erst hierauf wird die Kulturbewegung des Proletariats hinzukommen, die uns die Möglichkeit geben wird, in einer andern Situation die große Aufgabe der sozialistischen Bewegung zu erfüllen. (Anhaltender Applaus)

Die Aussprache

Genosse Weise: Jede Bildung ist Klassenbildung. Das Proletariat muß seine Bildungsarbeit selbstständig durchführen. Ein großer Teil der Mitglieder der Partei läßt sich darauf zurückführen, daß die Arbeiterschaft noch bürgerlich denkt. Die Volksschulen sind nur ein Mittel, um die Arbeiter von den Aufgaben des Klassenkampfes abzulenken. Der Redner legt eine Protestresolution gegen das Reichsschulgesetz vor.

Die Generalversammlung der SPD Groß-Leipzigs vom 23. Oktober, als Vertretung der Sozialisten Leipzigs, lehnt den vorliegenden Entwurf zu einem Reichsschulgesetz ab. Er ist in

Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat November: Dienstag, den 25. u. Mittwoch, den 26. Oktober, 18—20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. Bezugsberechtigt sind: Arbeitslose Haushaltungsvorstände sowie Arbeitslose, die einen eigenen Haushalt führen, also auch Untermieter. — **Monatlich 1 Mark** Als Ausweis dient die Stempel. Nach Ablauf des Anmeldezeitraumes können Anmeldungen zum Arbeitslosen-Abonnement für den Monat November nicht mehr berücksichtigt werden, damit das Verteilungs- und Kontrollsystem so durchgeführt werden kann, wie es im Interesse unserer Arbeitslosen liegt, denn jeder Arbeitslose hat gewiß den Wunsch, die Leipziger Volkszeitung vor Schaden zu bewahren.

Verbilligtes
Zeitung-
Abonnement
für Arbeitslose

Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den angeführten Verfügungen abgehen

Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:

Alt-Leipzig: Filiale der Volkszeitung, Seitzer Str. 82.

Kontor der Leipziger Volkszeitung, Tauchaer Str. 18/21, I. rechts.

Ostbezirk: L.-Ost*, Filiale der Volkszeitung, Sietziner Str. 64. L.-Görlitz, Bibliothek Görlitz St. 1. L.-Pausendorf, Bibliothek, Döllnigstraße. Engelsdorf, Bibliothek Haupstrasse 5. Althen, Gasthof.

Neuerer Ostbezirk: Taucha, Bibliothek, Leipziger Straße. Döllnig, Gottsfeld, Buchkamp, Panitzsch, Richard-Roos, Querstraße 6d. Pöhlitz, Alberti Wohlfahrt, Nr. 35 h.

Südbezirk: L.-Thonberg, Bibliothek, Södertälker Str. 17. L.-Södertälker*, Filiale der Volkszeitung, Ferdinand-Jost-Str. 27.

L.-Probstheida, Bibliothek, Ritterstr. 14. Großpösna, Willi-Wesner, Haupstr. 24. Holzhausen, Heinrich-Kohnke, Bahnhofstraße 30. Liebertwolkwitz, Paul-Gebhardt, Markt 1. Mölkau, Wilhelm-Kuttig, Haupstr. 17. Zweiendorf, Otto-Vinzenz-Haus, Haupstr. 26. Schkeuditz, Albin-Sommer, Dehniwig Nr. 9. Güterbahnhof, Otto-Krause, Nr. 42. Bachau, Joh. Garman, Am-Bach 27 c. Südbezirk: L.-Connewitz, Bibliothek, Döllnig Str. 18 (Hof). L.-Lößnig, Traugott-Unger, Löbsterdorfer Straße 15. Döllnig, Ernst-Hoffmann, Friederikenstr. 9. H.-Cöthen, Karl-Bobst, Kirchstr. 11. Markkleeberg, Walter-Franke, Bergstr. 14. Döllnig, Julius-Schmidt, Gaußstr. Albin-Weidner, Johann, Adolf-König, Döllnig, Alfred-Abrams, Robert-Weber, Arthur-Wolf, Bahnhofstr. 5. Großdeuben, Otto-Pöhlitz, Turnerstr. 5. Westbezirk, L.-Lindenau*, Filiale der Volkszeitung, Odermann-Strasse. L.-Plagwitz-Schleußig*, Filiale der Volkszeitung, Weissen-

häuser-Straße. L.-Kleinmachnow*, Filiale der Volkszeitung, Dössau-Straße 5. L.-Großschocher, Filiale der Volkszeitung, Haupstr. 38. L.-Leutzsch, W. Klein, Lindenauer Straße 9. I. Böhmisches-Elsterberg, W. Maduschke, Biefaßt. 21. II. Bösdorf, Bruno-Keller, Zwingerstr. 37 f. Knautholzberg, Otto-Jonas, Leipziger Str. 22. Rückmarsdorf, Ulrich-Langrock, Frankenheim-Schönau, Paul-Wiedemann, Lützner Str. 31. Neuerer Westbezirk: Marktanträder*, Filiale der Volkszeitung, Schleußiger Str. 15. Döllnig, Reinhold-Georgi, Nordbezirk: L.-Eutritzsch, Bibliothek, Wilhelm-Minestr. 23. L.-Gohlis, Filiale der Volkszeitung, Lindenthaler Str. 22. L.-Wölkau, Rudi-Reiche, Bibliothek, Borsigstr. 27. L.-Bahren, Albert-Facius, Hallische Str. 237. Quasius, Kalto, Lindenwald, Max-Bauer, Herstr. 8. Pöhlitz, Franz-Gottschall, Nr. 20. Wiedrich, Konsumverein, Rosau, Richard-Hess, Goßlandweg 106.

seinen wesentlichen Teilen verfassungswidrig und liefert die Schule den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften aus. Wir fordern ein Reichsschulgesetz als wort- und sinngemäße Ausführung der Verfassung."

Genosse Gurland: Die Erkenntnis, daß das Proletariat eine eigene Bildungsarbeit zu leisten hat, führt notwendig zu der Frage nach der Organisation dieser Arbeit. Unsre Bildungsarbeit kann nichts anderes sein als das wichtigste Werk zur Herbeiführung des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Bildungsarbeit muß getragen sein von der Partei, soweit sie dies allgemeine Ziel begreift, und von den Gewerkschaften zur Schulung in den Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes. Im Vordergrund der Bildungsarbeit muß eine Untersuchung der Probleme des Imperialismus stehen, um das Proletariat zur Kriegsverhinderung zu organisieren.

Genosse Herrle: Unsre Bildungsarbeit muß das als Ergebnis in den Köpfen der Arbeiter stehende kleinbürgersche Denken umstellen in sozialistische Denken. Der Arbeiter schlept noch viel Gedanken, gut seiner kleinbürgerschen und kleindäuerlichen Vorhaben mit sich herum. Nicht der Klassenkampf ist das Ideal vieler Arbeiter, sondern die Flucht aus der Klasse, die Sehnsucht, wieder in das Kleinbürgertum zurückkehren zu können. Die Volkschöchulen haben bis in die führenden Kreise der Arbeiterbewegung hinein gefügte Verwüstung angerichtet. Das Ergebnis dieser "freien Volksbildungarbeit" sind vielfach Deserteure des Klassenkampfes; wir aber brauchen Konstrukturen des Sozialismus.

Genosse Grimmer: Eine große Schwierigkeit unserer Bildungsarbeit liegt darin, daß wir die Psychologie des Arbeiters nicht ausreichend berücksichtigen. Wir müssen uns ausführlich damit beschäftigen, wie die starken Energien, die vor allem in der Jugend vorhanden sind, und die sich heute in einer privaten Bildungsbedeutung auswirken, für den Dienst an unseren Idealen verwertet werden können.

Genosse Behrens: Eine besondere Aufgabe erwächst der Partei in der Organisation der Bildungsarbeit. Wir müssen auch werbende Bildungsarbeit leisten; denn ihr Ziel hat zu sein, die Partei zu stärken. Die Jurisplitterung der Kräfte muß beseitigt werden.

Genosse G. A. Müller: Es muß uns endlich gelingen, die vielen Kulturoorganisationen der Arbeiterschaft, die heute oft noch wie eine Vereinsmutter wirken, zusammenzuschließen. Wir haben den Kampf um die "Seele des Arbeiters" aufzunehmen, und wir werden ihn, wenn er auch mühevoll ist, bestehen.

Genosse Stein geht in seinem Schlukwort auf die Anregungen der Diskussionsredner ein. Das Bestreben der Volkschöchule läßt sich kurz dahin formulieren, daß die Bourgeoisie mit Hilfe dieser Organisationen das Klassensbewußtsein der Arbeiterschaft einflussen will. Es kommt jedoch nicht darauf an, was der Gegner will, sondern wie in Abhängigkeit dieser Bestrebungen tun. Wo die Möglichkeit nicht gegeben ist, daß der sozialistische Lehrer frei in der Volkschöchule lehren kann, lasst man diese Institution links liegen. Was das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften bestreffe, so könne er der Formulierung von Gurland zustimmen. Partei und Gewerkschaft sind eins; sind sie es nicht in organisatorischer, so müssen sie es in ideeller Beziehung sein. Wir müssen den österreichischen Zustand erreichen, daß drei Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder in der Partei sind. Die Priorität der Partei in der Bildungsarbeit besagt nicht, daß die Partei hier eine päpstliche Inquisitionstruktur ist. Die Partei ist der Mutterboden der Arbeiterbewegung. Der Glaube an die Notwendigkeit unserer Arbeit, das Selbstvertrauen in unsere Partei und in unsere Theorie wird uns den Sieg vermitteln! (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution Weisse wird angenommen.

Weiter wurde der Vorstand beauftragt, in der nächsten Zeit eine Mitgliederversammlung von Groß-Leipzig zu veranstalten, die sich mit dem Thema unserer Stellung zur Volkschöchule beschäftigt.

Hierauf erstattete der Vorsitzende, Genosse Liebmann, den

Geschäftsbericht des Vorstandes

Er schilderte rüschend kurz die Tätigkeit der Organisationsleitung und die bisherige Arbeit der Organisation im laufenden Jahre. Dabei hob er hervor, daß der Frauenbewegung besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Neben den üblichen öffentlichen Veranstaltungen für die Genossinnen in den Ortsvereinen wurden zahlreiche Werbefeststunden, Kurse usw. veranstaltet. Das Ergebnis der Agitations- und Organisationsarbeit war eine Zunahme der Mitglieder, die allerdings noch nicht befriedigen könne. Der Redner gab dann einen knappen politischen Überblick, wobei er die Ära der Beibürgerlichen Regierung als eine Periode schwerster wirtschaftlicher und politischer Bedrückung des Proletariats bezeichnete. Erstaunlich sei, daß die arbeiterfeindliche, reaktionäre Politik auffällig auf die Arbeiterschaft wirkte und eine größere Aktivität der Arbeiterschaft auslöste. Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie in Hamburg und Königsberg zeigten auch das wachsende Vertrauen der Massen zu den Sozialdemokratischen Partei. Die wichtigste Aufgabe der Partei sei jetzt die Vorbereitung auf die kommenden Reichstagswahlen im nächsten Jahr, die früher als man bisher annahm, zu erwarten seien. Die Bürgerkampfregierung könne nur so lange bestehen, als es sich die Arbeiterschaft gefallen lasse. Mit dem Willen, ihr Ende zu bereiten, müsse die Partei in den Wahlkämpfen ziehen. Um die notwendigsten Mittel für die erfolgreiche Durchführung des schweren Kampfes zu beschaffen, habe der Bezirksvorstand die Bildung eines Kampfunds durch Zahlung von sechs Extrabliträgen pro Mitglied, im ersten Quartal 1928 beschlossen. In dem Bewußtsein, daß die Mitglieder der Partei im Interesse der Partei und der Arbeiterschaft willig dieses Opfer auf sich nehmen werden, haben die Vertreter Groß-Leipzigs im Bezirksvorstand die Extrablitträgen zugestimmt. Mit dem Appell an alle Genossen und Genossinnen, in den angelegten Werbewochen alle Kräfte zur Stärkung und zum Ausbau der Parteipresse aus der Parteiorganisation einzufügen und damit zugleich die wichtigste Voraarbeit für den Wahlkampf zu leisten, schloß Genosse Liebmann unter dem Beifall der Versammlung seinen Bericht.

Zu dem gedruckt vorliegenden Kostenbericht bemerkte der Kassierer, Genosse Riehl, daß sich die steigende Mitgliedszahl und die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur auch günstig auf die Einnahmen der Organisation ausgewirkt haben. Den erhöhten Einnahmen länder auch bedeutend gestiegene Ausgaben, besonders für die Agitation, gegenüber. Dauernde Werbearbeit zur Kraftigung der Parteioorganisation sei darum eine unabdingbare Notwendigkeit. — Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Ein Antrag des Säubbezirks forderte von der Pressekommission und der Geschäftsführung der L. P. eine großzügige Rendite für die Volkszeitung. Der Antrag wurde nach einer kurzen Begründung durch den Gen. G. A. Müller und einigen frischen Bemerkungen des Gen. Kroneberg über den letzten Artikel der L. P. zum Bergarbeiterstreik, den die Gen. Herrle und Fuchs verteidigten, einstimmig angenommen. Ein von dem Gen. Krause begründeter Antrag Alt-Leipzig-Norden, der in einer Funktionärsversammlung eine Aussprache über die Stellung zur Kirche verlangte, wurde gegen einige Stimmen dem Unterbezirksvorstand zur Berücksichtigung überreicht.

Zum Schluß unterbreitete Gen. Liebmann der Versammlung noch den Bericht eines 50jährigen französischen arbeitslosen Geistes aus Leipzig über die in der Volkszeitung bereits kritisierten standhaften Zustände bei den Notstandsarbeiten in der Waldheimer Gegend.

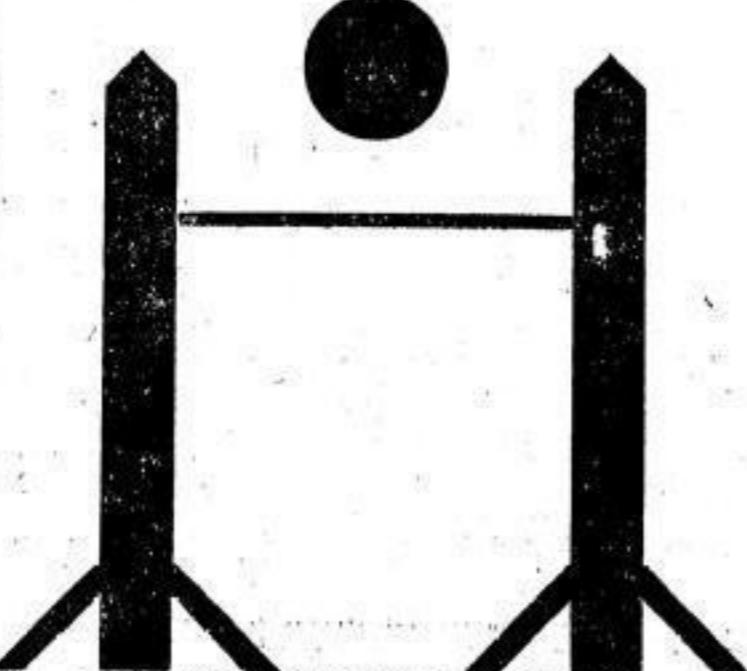
Die Generalversammlung war von 454 Delegierten besucht. Nicht vertreten waren die Ortsvereine Engelsdorf, Althen, Bautzen, Seelowitz, Wachau, Görlitz, Gutschwitz, Jöhmen, Böhmen, Bischbrunn, Eichstädt, Groß-Döllzig, Mühlitz, Seebenisch und Rödelwitz.

Die Leipziger Tropfsteinhöhle ist, wie uns berichtet wird, wieder abgedichtet worden. Die von uns vor einiger Zeit dazu veröffentlichten Bilder stellen nicht ausgerissene poröse Stellen der Decke des Untergeschosses dar, sondern die beiden Seiten eingänge, die beobachtet werden sind. Deshalb war das Plakat ausgerissen worden. Unser Photograph hatte geplant, daß auch an den Seiten eingängen poröse Stellen in der Decke des Untergeschosses gesucht würden.

Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosenversicherung. Das neue Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schreibt vor, daß die Unternehmer jedem gegen Arbeitslosigkeit Verhafteten eine Arbeitsbeschaffung auszustellen haben, sobald das Beschäftigungsverhältnis beendet ist. Die Arbeitsbeschaffung braucht der Arbeitslose bei dem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung! Damit keine wichtige Angabe in den Befreiungen fehlt, hat die Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Einheitsvorbruch hergestellt. Die Vorbrüche werden an die Unternehmer kostenlos im Arbeitsamt, Gerberstraße 3, Zimmer 32, ausgegeben.

W.L. Kunsthalle. Wir machen darauf aufmerksam, daß die beiden Filmabende am Donnerstag, dem 27. Oktober, im Helfenkeller und am Freitag, dem 28. Oktober, im Schloßkeller nicht vom WLB veranstaltet werden, sondern vom Metallarbeiterverband übernommen worden sind.

Der springende Punkt



den Du bei der Werbeaktion für die "Volkszeitung" immer und immer wieder ins Treffen führen mußt, ist der, daß die "Volkszeitung" nicht nur den aktuellsten Nachrichtendienst aus der Stadt, dem Reiche und dem Ausland aufweist, nicht nur einen äußerst reichhaltigen Lesestoff aus allen Gebieten des Weltgeschehens, der Unterhaltung und des Wissens enthält, sondern daß sie vor allem das einzige Blatt ihres Verbreitungsgebietes ist, die eine unbedingt wahrheitsgemäße und kritische Darstellung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens vom Standpunkt des arbeitenden Volkes aus gibt. Das schon allein sollte die Werbearbeit für die "Volkszeitung" jedem, der es mit dem werktätigen Volke ehrlich meint, zur Pflicht machen. Jeder Parteigenosse, jede Parteigenosse muß daher bestrebt sein, daß ihre Werbearbeit für die sozialdemokratische und republikanische Presse

ein Rekord

werde. Jeder, der die "Volkszeitung" jetzt für Monat November bestellt und das Abonnementsgeld für November entrichtet, bekommt die "Volkszeitung" bis 31. Oktober unentgeltlich zugestellt. Werbematerial und die neuesten Nummern der "Volkszeitung" bitte vom Verlag, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, anzufordern.

Volkschöchule Leipzig. Vom Volksbildungamt wird mitgeteilt: Der Kursus Hermes "Einführung in das heutige England" findet am Montag, dem 24. Oktober, wie im laufenden Semester überhaupt, in der Universität, Hörsaal 20, statt. Beginn 14 Uhr.

Juryfreie Kunstausstellung Leipzig 1927. Das Sekretariat teilt uns mit: Nach Behebung der technischen Mängel ist die Dauerausstellung wieder täglich von 10 bis 18 Uhr. Die Ausstellung ist Sonnabends von 14 bis 18 Uhr für jedermann einschließlich geöffnet.

Beratungskunden beim Gewerbeaufsichtsamt. Auf die beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Leipzig, Seeburgstraße 9, eingerichteten besonderen Sprechstunden jeden Montag von 16 bis 18 Uhr wird erneut aufmerksam gemacht. Es wird Kunst in allen einschlägigen Fragen erledigt. Auf die zur gleichen Zeit stattfindenden Sprechstunden für gewerblich Erkrankte wird besonders hingewiesen.

Vorträge über akademische Berufe. Von den vom Sächsischen Akademischen Ausflugsamt geplanten Vortragsveranstaltungen über akademische Berufe findet die erste am Mittwoch, dem 28. Oktober, nachmittags 16.15 Uhr, im Saale des Sozialpädagogischen Frauenseminars, Königstraße 20, statt.

Das Oktoberheft des Monatschriften "Leipzig" ist erschienen. Es enthält u. a. einen illustrierten Aussatz "Über die Eisenbahn von Leipzig nach Magdeburg". Polizeipräsident Fleischer schreibt einiges "Aus den Geschichten der Leipziger Polizei", Barnet Lüdt behandelt "Unser Landeskonservatorium". Eine kurze Abhandlung und eine größere Anzahl Bilder sind der "Juryfreie Kunstausstellung Leipzig 1927" gewidmet.

Wo ruft die Pflicht?

Elternräte für die weibliche Schule im gesamten Bezirk Leipzig.

Montag, 31. Oktober (Reformationsfest) Treffen der gesamten Elternräte in Borna. Beginn der Konferenz 9.30 Uhr im Volkshaus. Vortrag des Gen. Weisse über "Grundzähliges und praktisches zur Elternarbeitsarbeit". 2. Vortrag des Genossen Schäfer über "Die Frau in der Erziehung". Nachdem Aussprache. Am Nachmittag großes Konzert des Niederschles. der SAZ, Groß-Leipzig. Karten für die Elternräte zu 30 Pf. sind durch die Schulobligate oder am Eingang zu haben. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung, besonders der ländlichen Orte, denen diese Konferenz in erster Linie gilt. Sorgt für pünktliches Erscheinen und für makellose Kundgebung für die weibliche Schule.

Elternratzentrale für die weibliche Schule SPD Groß-Leipzig.

Funktionäre.

Alt-Leipzig, Westen II. Funktionäre und arbeitslose Gewerbetreibende Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, bei Taucherts.

Osten. Alle Genossen und Genossen werden erwartet, die nicht verkaufen Karten zur Frauenfeierstunde bis spätestens Dienstag, 25. Oktober, in der Filiale der LBV abzurechnen.

Teuren.

Osten. Alle Genossinnen werden erwartet, die nicht verkaufen Karten zur Frauenfeierstunde bis spätestens Dienstag, 25. Oktober, in der LBV abzurechnen.

Jugendsozialisten.

Groß-Leipzig. Alle, vornehmlich die Teilnehmer des letzten Wochenendturms mit Genossen Fuchs, besuchen Mittwoch, 26. Oktober, 20 Uhr, den Abschlussabend der Westgruppe in Stadt Altenburg, Lindenauer Markt.

Lindenau. Mittwoch, 26. Oktober, 19.30 Uhr, in Stadt Altenburg, Lindenau, Markt, Vortrag des Gen. Fuchs über die Zirkulation. Alle Jungen sind eingeladen. Gäste herzlich willkommen.

Schule.

Elternräte der Osthäuser. Mittwoch, den 26. Oktober 1927, 20 Uhr, Reichshallen, Elisabethstraße (Glasverglasung im kleinen Saal), wichtige Sitzung. Alle haben zu erscheinen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Eutin. Heute abend, 19.30 Uhr, Helfer beim Gen. Heschel. Die Gruppe der Kleinen kommt Mittwochs von 17 bis 19 Uhr ins Heim, Blumenstraße.

Stünz. Hertas Gruppe Dienstag, 17.30 Uhr, bei Wittig zu einer kurzen Besprechung.

Mitglieder-Voranstaltungen

Platzwitz-Lindenau-Schleißig. Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Schloß Lindenau (Blauer Saal), Mitgliederversammlung. Genossen Walter Zeller spricht über "Staat und Sozialdemokratie". Das Thema selbst dürfte genügen, daß alle unsere Genossen und Genossinnen erscheinen.

Alt-Leipzig, Bezirk Norden. Donnerstag, den 27. Oktober, 19.30 Uhr, im Grünen Saal des Zoo, Lichtbildvortrag "Alpenreisen eines Sozialisten" von Friedrich Krause. Gäste willkommen. Kein Trintzwang! Nach dem Vortrag Mitgliederversammlung.

Un Glück auf der Heidekrautbahn

Zusammenstoß — 23 Verletzte

Auf dem Bahnhof Schönwald der sogenannten "Heidekrautbahn", die von Berlin-Kleinendorf als eingleisige Nebenbahn nach Norden führt, ereignete sich am Sonnabendvormittag im dichten Nebel ein Zusammenstoß zweier Züge. Der Zug aus Berlin hatte infolge des Nebels das Ausweichgleis überfahren. Der Losmototzuläufer bemerkte sofort den Irrtum und brachte den Zug zurück. Gleichzeitig erschien im Nebel der Gegenzug, dessen Führer die Ausweichstelle auch nicht übersehen konnte. Infolge des raschen Weiterfahrens waren zudem die Sichten schlüpfrig, und so fuhr dieser Zug in die leichten Wagen des Gegenzuges, von dem vier Personenwagen umgestürzt und mehrere andere schwer verletzt wurden. Von den Reisenden wurden 23 verletzt, vier davon schwer.

Wettstreit im Kunstfliegen

SPD Berlin, 24. Oktober. (Radio)

Vor vielen Zehntausenden von Zuschauern wurde sich am Sonntag auf dem Tempelhofer Feld in Berlin der Wettstreit im Kunstfliegen zwischen dem besten französischen Kunstflieger Marcel Doret und dem deutschen Kunstflieger Gerhard Fieseler ab. Die beiden Flieger begannen ihr Duell damit, daß sie nacheinander vorgeschriebene Übungen absolvierten, dann ihre Maschinen gegeneinander austauschten und die gleichen Figuren nochmals jogen. Fieseler's Flugzeug war nur ein kleiner Zweibetrieb mit einem 120-PS-Motor, während Doret einen starken Doppeldecker mit einem 300-PS-Motor flog. In den Einzelprüfungen zeigten sich Fieseler und Doret als völlig gleichwertige Kräfte. Nur bei den Hindernissen, die das Fließprogramm beschlossen, endete Fieseler weiter vom Ziel als der Gegner. So fiel der Sieg mit 362,5 zu 350 Punkten an Marcel Doret. Das Schiedsgericht war international zusammengekehrt.

Missglückter Oceanflug

WB Oldendorf, 22. Oktober.

Franz Grayson siegt heute mit dem Flugzeug Dawn zu ihrem seit längerer Zeit geplanten Flug nach Kopenhagen auf. Das Flugzeug mußte jedoch 25 Minuten nach dem Start wieder zurückkehren und ist um 11.45 Uhr fristlos zeit gelandet.

Marineluftschiff verbrannt

TU London, 24. Oktober.

Wie aus Tokio berichtet wird, ist das Nobile Luftschiff N. 2, das an den Marinemanövern teilnahm, bei der Halbinsel Ju wegen Maschinendefektes zur Notlandung gezwungen gewesen. Beim Niedergehen auf das Wasser brach das Luftschiff in Flammen aus und wurde vollständig zerstört. Die Besatzung wurde gerettet. Nur ein Mann wurde ernstlich verletzt. Das Luftschiff N. 3 war kürzlich in Italien zusammengebrochen.

Eine Katastrophe im Warenhaus

Im ersten Stockwerk des Berliner Warenhauses Jonao u. Co. in der Biele-Alliance-Straße stürzte am Sonnabendvormittag ein mächtiges Regal des Schuhwarenlagers um, auf dem sich 12.000 bis 15.000 Paar Schuhe befanden. Unter dem 10 Meter langen und 4 Meter hohen Regal wurden fünf Verkäuferinnen, die zum Teil auf Leitern stehend, mit dem Einordnen der Schuharten beschäftigt waren, begraben. Das eine der Mädchen erlitt dabei schwere Brust- und Rückgratquetschungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die übrigen vier Verkäuferinnen kamen mit einem schweren Schock davon. Um die Mädchen zu bergen, mußte die Feuerwehr herbeigerufen werden, die die Verunglücksstelle nach langer Zeit befreien konnte.

